

PROTOKOLL NR. 281

über die Verhandlungen des Einwohnerrates Horw

Sitzungsdatum:	20. Oktober 2005
Sitzungsort:	Saal des Pfarreizentrums
Anwesend:	29 Einwohnerräte/Einwohnerrätinnen 5 Gemeinderäte/Gemeinderätinnen Gemeindeschreiber
Entschuldigt:	Jost Esther Maria (beruflich)
Vorsitz:	Einwohnerratspräsident Heinz Sigrist
Dauer der Sitzung:	16.00 Uhr - 18.45 Uhr

Traktanden

Einwohnerratspräsident Heinz Sigrist begrüsst die Anwesenden und stellt Beschlussfähigkeit fest.

Die Traktandenliste sieht wie folgt aus:

1. B+A Nr. 1314 Budget 2006
Pause
2. anschliessend Fragestunde
3. Nr. 558/2005 Postulat Probst Karin, L2O, und Mitunterzeichnende: Öffentliche Beleuchtung mit Naturstrom
4. Nr. 557/2005 Postulat Buholzer-Stierli Beatrice, FDP, und Mitunterzeichnende: Sauberkeit als Visitenkarte von Horw
5. Nr. 518/2005 Interpellation Bucher Niklaus, CVP, und Mitunterzeichnende: Ein schönes,sauberes Horw
6. Nr. 519/2005 Intepellation Probst Karin, L2O, und Mitunterzeichnende: Fahrrad fahren in Horw

Mitteilungen des Präsidenten

Einwohnerratspräsident Heinz Sigrist gibt bekannt, dass es seit der letzten Sitzung keine Repräsentationen wahrzunehmen gegeben habe.

Er teilt ferner mit, dass er seit der letzten Sitzung 18 Personen aus unserer Gemeinde zu hohen Geburtstagen habe gratulieren dürfen.

Neueingänge

Seit der letzten Sitzung sind keine Vorstösse eingegangen.

Rechtskraft

Seit der letzten Sitzung sind keine Geschäfte in Rechtskraft erwachsen.

Protokoll

Einwohnerratspräsident Heinz Sigrist teilt mit, dass gegen das Protokoll Nr. 280 der Sitzung vom 22. September 2005 keine schriftlichen Einsprachen eingegangen seien. Das Protokoll gilt somit als genehmigt.

Traktandum 1

B+A Nr. 1314: Budget 2006

Eintreten

Silvia Simoes Bolliger hält im Namen der Geschäftsprüfungskommission (GPK) fest, dass diese das Budget am 26. September 2005 anlässlich einer halbtägigen Sitzung zusammen mit den Gemeinderäten und dem Finanzsekretär beraten habe. Es sei dieses Jahr eine sehr intensive Budgetberatung gewesen. Dass das vom Gemeinderat vorgelegte Budget mit einem Aufwandüberschuss von rund 1,8 Mio. Franken rechne, sei unschön. Um möglichst das Sparpotenzial zu ermitteln und das Budget dem eigentlich angestrebten Ziel, ausgeglichen daher zu kommen, anzugleichen, habe die GPK natürlich nach Sparpotenzial gesucht. Die Diskussion sei teilweise sehr kontrovers geführt worden, die einen hätten von Steuersenkungen gesprochen, andere von Steuererhöhungen. Dass das Ziel eines ausgeglichenen Budgets nicht erreicht werden könne, das habe der Gemeinderat begründet, und zwar vorwiegend infolge Mehrbelastungen seitens des Kantons; das betreffe rund 1,4 Mio. Franken. Dort könne die Gemeinde weder Einfluss nehmen noch könne man das steuern. So fielen beispielsweise Beträge für auswärtige Schulen, welche durch den Kanton erhöht würden, ziemlich ins Gewicht. Auch der Sachaufwand sei 2006 rund 1,6 Mio. Franken höher als noch im Budget 2005. Diese 1,6 Mio. Franken betrafen nicht einen grossen Posten, welchen man finden und dann streichen könne, sondern ganz verschiedene Posten beim baulichen Unterhalt, bei den Spezialfinanzierungen, bei den Strassen und bei den Liegenschaften. Die Notwendigkeit dieser Kredite, beispielsweise die Sanierung der Oberrütistrasse, die Erstellung diverser Zustandsaufnahmen für diversen baulichen Unterhalt habe die zuständige Fachkommission, die Bau- und Verkehrskommission, geprüft; die GPK habe sich mit diesen Posten nicht näher befasst. Der Auftrag der GPK sei es, als Finanzfachkommission das Budget aus finanzpolitischer Gesamtschau zu prüfen, zu würdigen und dem Einwohnerrat in dieser Hinsicht eine Empfehlung abzugeben. Aus finanzpolitischem Hintergrund habe man lange über den budgetierten Buchgewinn der Fr. 750'000.00 aus den verkauften Liegenschaften diskutiert. Soll oder darf die Gemeinde überhaupt mit dem Verkauf von Liegenschaften das Budget beschönigen? Sollen die Vermögenswerte für laufende Verpflichtungen "verscherbelt" werden? Die GPK sei in diesem Punkt einstimmig der Auffassung gewesen, dass Liegenschaftsverkäufe ausschliesslich zum Schuldenabbau verwendet werden sollen. Aus diesem Grund sollten auch in gleicher Höhe Abschreibungen auf dem Verwaltungsvermögen budgetiert werden. Das wäre also noch zu budgetieren, und der Buchgewinn wäre dann zu streichen. Die GPK stelle einstimmig den Antrag, diesen Buchgewinn zu streichen. Damit würde das vorliegende Budget nochmals um Fr. 750'000.00 schlechter abschliessen. Die GPK habe aber auch ein Sparpotenzial ermittelt und werde die entsprechenden Anträge in der Detailberatung, sofern diese heute überhaupt stattfinde, noch stellen. Bei Zustimmung dieser Anträge könnte man nochmals Fr. 350'000.00 einsparen. Die GPK habe sich am 26. September 2005 noch grossmehrheitlich für Eintreten und Genehmigung dieses Budgets 2006 ausgesprochen. Seit der letzten Sitzung der GPK hätten die Fraktionssitzungen stattgefunden, und aufgrund dieser gebe es heute vermutlich hier im Rat eine Mehrheit, welche dieses Budget zurückweisen werde. Das Ziel wäre, dass der Gemeinderat das Budget nochmals überarbeiten und dem Einwohnerrat ein ausgeglichenes Budget präsentieren würde. In dieser Eintretensdebatte bitte man die Ratsmitglieder nun, Folgendes, Grundsätzliches zu beachten: Die Budgetierung sei ein finanzpolitischer Planungsprozess mit dem Ziel, das Budget zu erstellen. Der Budgetierungsprozess bei der Gemeindeverwaltung starte ca. im April oder Mai. Als Grundlage dienten unter anderem die Rechnungszahlen aus dem Vorjahr und auch die Erfahrungszahlen der wenigen Monate des laufenden Jahres, die bereits vergangen seien. Einige Budgetzahlen seien trotz des frühen Zeitpunkts ganz klar, die könne man einsetzen mit einem Betrag, welcher genau so eintreffen werde. Für andere müss-

ten Annahmen getroffen werden, eine Prognose in die Zukunft sei aber relativ schwierig; man müsse eineinhalb Jahre vorher wissen, wie sich die Wirtschaft entwickle und welche Aufgaben in unserer Gemeinde allenfalls anfallen würden, welche schneller erledigt werden müssten als auf diesen Zeitraum hinaus planbar. Diverse Faktoren spielten letztlich dann eine Rolle. In den verschiedenen Budgetrunden bei den Verwaltungsangestellten und beim Gemeinderat intern habe man diese Posten nach den Kriterien "notwendig" und "wünschenswert" unterschieden. Erste Sparrunden seien Resultate aus diesen Unterscheidungen gewesen, gemäss Aussage des Gemeinderates seien bereits rund 5 Mio. Franken an wünschenswerten Ausgaben aus diesem Budget gestrichen worden. Das Budget stelle einen Kostenrahmen für betriebliche Aktivitäten für das Kalenderjahr dar. Es sei ein operatives, nicht ein strategisches Planungsinstrument. Mit den Rahmenbedingungen, welche uns das Gesetz vorgebe, werde im Gemeindebudget jedes einzelne Detail geregelt. Wenn jetzt die zu Grunde gelegten Annahmen und Prognosen sich im Budget-Kalenderjahr veränderten oder nicht so einträfen wie man angenommen habe, bestehe für den Gemeinderat und die Verwaltung kaum mehr ein unternehmerischer Handlungsspielraum. Es liege deshalb in der Natur der Sache, dass der Gemeinderat Jahr für Jahr das Budget vorlege, welches eigentlich ein "Worst-case-Szenario" darstelle. Es sei eine Momentaufnahme, und dann werde im Hinblick auf die nicht exakt berechneten Geschäftsfälle das Prinzip angewendet, dass man jene Ausgaben, die nicht berechenbar seien, eher maximal eintrage und bei den Erträgen eigentlich eher das Minimum annehme, das heisse man setze das ein, wo man ganz sicher sei, dass es eintreffen werde. Traditionell sei man sich in Horw gewohnt, einen Aufwandüberschuss zu budgetieren, und die Rechnung schliesse dann meistens deutlich besser ab. Bisher sei man damit gar nicht so schlecht gefahren. Dass dieses System auch langfristig positive Auswirkungen habe könne, beweise, dass wir trotzdem den Steuerfuss in den letzten Jahren kontinuierlich hätten senken können. Gleichzeitig werde mit dieser Methode auch ein Spardruck aufrecht erhalten, neue Begehrlichkeiten würden kaum geweckt. Langfristig, finanzpolitisch gesehen, sei das Budget in der vorliegenden Form deshalb vertretbar.

Roger Jenni erklärt namens der Bau- und Verkehrskommission (BVK), dass diese das vorliegende Budget 2006 in den baurelevanten Belangen geprüft habe. Man habe nun das vermeintliche Defizit von 1,82 Mio. Franken zur Kenntnis genommen. Die BVK habe sich an zusätzlichen Sondersitzungen einzelne fragwürdige Positionen heraus gepickt und sich vor Ort ein Bild gemacht; dabei sei man zu folgendem Schluss gekommen: Die vom Gemeinderat vorgeschlagene Sanierung Hallenbad Spitz mache Sinn und sei zu unterstützen. Ebenfalls unterstütze die BVK bei den Schulhäusern Allmend und Kastanienbaum die vorgeschlagenen Sanierungen von Licht und Raum. Beim Augenschein bei der Oberrütistrasse jedoch sei man einstimmig gegen die Sanierung des Deckbelages, nicht weil der Sanierungsbedarf unbestritten wäre. Eine Strasse zu sanieren, welche in der nächsten Zeit ein voraussichtliches Bauvolumen von rund 50 Mio. Franken erfahren werde, mache absolut keinen Sinn und müsse vertagt werden. Sinnvoll erscheine dagegen die vom Tiefbauamt vorgeschlagene Sanierung der Mättiwilstrasse, dort habe man sich auch vor Ort erkundigt. Diese Strasse habe effektiv Sanierungsbedarf. Der Einbau von Blindstrom-Kompensationsanlagen erscheine der BVK sehr sinnvoll, erst recht dann, wenn es Investitionen seien, welche sich durch Energieersparnis von selber innert dreier Jahre amortisieren liessen. Doch der Werkhof habe bei der Kommission grosses Erstaunen ausgelöst, habe man doch an der letztjährigen Budgetbehandlung in diesem Rat Fr. 30'000.00 gesprochen, damit dieser Werkhof, insbesondere Fenster und Fassaden, saniert werden könne. Nun stelle man plötzlich fest, dass neue Begehrlichkeiten von Fr. 64'000.00 vorgeschlagen seien. Da sei nach Ansicht der BVK die Aufmerksamkeit unserer Gemeinderäte vermehrt gefordert, um solche Provokationen vermeiden zu können. Alles in allem sei das vorliegende Budget in den baurelevanten Angelegenheiten nur mässig befriedigend, da die Ausgaben für Unterhalt in der Laufenden Rechnung gegenüber der Vorjahre bereits wieder um über Fr. 100'000.00 gestiegen seien. Für die BVK sei das im Detail nur schwer eruiierbar, weil sich die Beträge aus vielen kleinen Posten addierten. Von daher appelliere man dringend an die zuständigen kompetenten Personen, in ihren Ausgaben, welche sie tätigten, möglichst Sparpotenzial zu suchen und auszuschöpfen. Die Kommission habe in einzelnen Punkten noch Anträge, auf diese komme man gegebenenfalls in der Detailberatung noch zurück. Die BVK sei betreffend der baurelevanten Themen für Eintreten auf den vorliegenden Bericht und Antrag.

Urs Hediger hält namens der CVP-Fraktion fest, dass wir uns in der heutigen Sitzung mit dem Budget 2006 zu befassen hätten. Der Gemeinderat unterbreite dem Einwohnerrat mit einem Gesamtaufwand von rund 80 Mio. Franken einen Verlust von 1,8 Mio. Franken. "Geht es eigentlich noch?"; "Nicht schon wieder?"; "Wieso schon wieder?"; das seien sicherlich verständliche und nachvollziehbare Kommentare, welche spontan ausfallen würden. Ein Budget sei nicht einfach eine Zusammenstellung von Zahlen. Ein Budget entstehe, wie das Schreiben eines Buches, mit einer konkreten Geschichte dahinter; jede Zahl habe eine Bedeutung, aber auch eine Erwartung. Habe man zu Beginn eine Idee, kämen während der Bearbeitung stets neue Gedanken und Ideen hinzu, auch änderten dauernd gewisse Rahmenbedingungen, Stichwort Finanzausgleich, und am Schluss merke man, dass es bei einigen Kapiteln immer noch nicht konkrete Hinweise habe, so beispielsweise beim ÖV; damit diese Sache, wie man sie geplant habe, auch wirklich so geschehen könne. Da nützten auch einem versierten Schriftsteller die Erfahrungen und vorangegangenen Werke nicht viel. Das Budget solle einen Leitfadens bilden für all die Ausgaben und Einnahmen, die im kommenden Jahr anfallen würden. So solle vor allem die Ausgabenseite strikte eingehalten und wenn möglich noch gekürzt werden.

Paradoxerweise sei man aber auf der Einnahmenseite nicht so restriktiv. Wenn man jetzt wieder in der Debatte darüber diskutiere, wie weiter gespart werden könne, sei vorher vielleicht zu definieren, wer sich daran beteiligen solle. Beispielsweise: die Lasten gleichmässig verteilen heisse, möglichst viele Mitbürgerinnen und Mitbürger sollen davon betroffen sein. So beispielsweise bei der Bildung, da ja viele Kinder und Jugendliche Schulen besuchten, und somit viele Horwerinnen und Horwer betroffen wären. Sicherlich wäre das der falsche Ort, da ja dies eine Investition in die Zukunft sei. Oder beispielsweise im Bereich Sport, wo viele in Horw das breite Angebot von Sportmöglichkeiten annähmen. Sicher auch dort fragwürdig, bewegen wir uns doch bereits jetzt schon viel zu wenig. Oder Bereich Soziales, Betagte; sicher sei es auch dort nicht ohne weiteres angebracht, da es die bereits Schwächeren noch mehr in die Enge treibe. Oder zuletzt im Bereich Umwelt, Natur, Landschaft; sparen in der Pflege der Landschaft könnte man ohne weiteres, beispielsweise auf der Halbinsel. Vielleicht wäre das nicht weiter tragisch; wenn man dort gewisse Abstriche machen würde, wäre immerhin noch die Aussicht auf See und Berge weiterhin fantastisch. Vielleicht seien es aber gerade diese Punkte, die Horw so schön und lebenswert machten, da man ein grosses und breites Angebot unseren Mitbürgerinnen und Mitbürgern bieten könne, welches sicherlich auch geschätzt werde. Der Lebensraum Horw sei nicht auf einmal entstanden; sondern sei in den letzten Jahren kontinuierlich aufgebaut worden und gereift. In den letzten Jahren habe es sich in Horw gezeigt, dass man die Ausgabenseite gut im Griff habe. Hier würden sicherlich seitens des Gemeinderates weitere Anstrengungen unternommen, diese Ausgabenseite weiter mindern zu können. Auf der Einnahmenseite sei man guter Dinge, weiter positive Akzente setzen zu können, wie bereits angelaufene Gespräche gezeigt hätten. Um abschliessend nochmals das Buch zur Hand zu nehmen: bei jedem Durchlesen habe man das Gefühl, dieses und jenes nochmals verändern und vielleicht verbessern zu können. Umso mehr, wenn man entsprechende, konkrete Erfahrungen gemacht habe und man ja die Geschichte bis zum Schluss auch kenne. Aber diese Erfahrungen und dieses Wissen habe ja der Autor beim ersten Kapitel nicht gehabt. Die CVP-Fraktion sei mehrheitlich für Eintreten und Annahme des vorliegenden Budgets.

Irène Zingg-Vetter hält im Namen der FDP-Fraktion fest, dass sich diese sehr intensiv mit dem vorliegenden Budget befasst habe, und sie sei, wie übrigens schon im letzten Jahr, mit dem Ergebnis nicht zufrieden. Die Fraktion anerkenne zwar die grosse Arbeit, die es brauche, ein solches Budget zu erstellen, und bedanke sich bei allen Beteiligten. Trotzdem könne die Fraktion einen Aufwandüberschuss von ca. 2,5 Mio. Franken, inkl. Buchgewinn von Fr. 750'000.00, nicht einfach so hinnehmen. Man sei überzeugt, dass es in diesem Budget noch weiteres Sparpotenzial gebe, und dass einmal mehr nicht immer realistisch budgetiert worden sei. Das Budget und die Rechnung hätten in den letzten Jahren stets massiv voneinander abgewichen. Es müsse das Ziel sein, realistische Budgets zu erhalten, ohne eingebaute Reserven. Der Gemeinderat habe den Auftrag, innerhalb von fünf Jahren ein ausgeglichenes Budget zu erstellen. Wenn nun aber bereits im ersten Jahr seit Einführung des Finanzplans 2006 - 2011 ein Aufwandüberschuss von 2,5 Mio. Franken statt den berechneten 1,2 Mio. Franken budgetiert würden, so sollten die Ampeln wirklich auf rot stehen. Allein der Posten "Dienstleistungen und Honorar" bei Sachaufwand verzeichne eine enorme Zunahme von knapp einer Million; das seien 16,5 %. Beim Personalaufwand könne bei dieser Budget-Ausgangslage nicht von einem automatischen Teuerungsausgleich und von zusätzlichen Lohnerhöhungen ausgegangen werden. Auch der Einbau von Wertschwankungsreserven bei der PK, notabene bei einem Deckungsgrad von nahezu 100 %, sei in der heutigen Situation nicht realistisch. Auch in der Privatwirtschaft würden keine solchen Reserven geschaffen, wenn es der Geschäftsgang nicht erlaube. Auf der Einnahmenseite dürfe optimistischer budgetiert werden. Die Vergangenheit habe gezeigt, dass in der Rechnung regelmässig höhere Erträge realisiert worden seien. Wenn sogar der Gemeinderat in seinem Bericht und Antrag Nr. 1314 schreibt; Zitat: "Aufgrund der Investitionsvorhaben werden die Folgekosten der Investitionen in den nächsten Jahren deutlich zunehmen..." und "...ohne zusätzliche Steuererträge wird in Zukunft kaum ein ausgeglichenes Budget möglich sein" sehe man, dass auch er die finanzielle Lage der Gemeinde Horw nicht gerade optimistisch beurteile. Wenn unsere strukturellen Kosten nicht sinken würden, müsse sogar mit einer Steuererhöhung gerechnet werden. Die FDP-Fraktion sei aber gegen jede Steuererhöhung. Horw müsse im Vergleich mit anderen Gemeinden seinen vorderen Platz im Steuersatz-Ranking behalten können. Man sollte doch künftig deshalb eher eine Steuersenkung anstreben. Die FDP meine, dass es jetzt noch Zeit sei, auf die Bremse zu stehen, bevor die Bremsklötze herunter gefahren seien; dann nämlich werde der Bremsweg stets länger und schwieriger, und die Situation könne jederzeit ausser Kontrolle geraten. Die FDP setze sich in ihrem Leitbild seit Jahren für ein ausgeglichenes Budget ein. Aus diesem Grund weise die Fraktion das Budget zurück. Man habe sich reiflich überlegt, mit Sparanträgen bei den einzelnen Posten ein positives Resultat erreichen zu können, habe jedoch einsehen müssen, dass diese Übung in den letzten Jahren schon nichts gebracht habe. Es sei unsinnig, wenn der Einwohnerrat durch Sparvorschläge einen Aufwandüberschuss von 2,5 Mio. Franken reduzieren wolle. Mit der Rückweisung des Budgets gebe man dem Gemeinderat die Chance, an jenen Posten Korrekturen vorzunehmen, wo er selber das grösste Potenzial sehe. Die FDP-Fraktion stelle den Antrag auf Nichteintreten und Rückweisung des Budgets an den Gemeinderat zur Überarbeitung. Man erwarte ein ausgeglichenes Budget und zwar ohne Buchgewinn. Eine Überarbeitung koste wenig und sei auch mit keinem Risiko verbunden. Das Budget würde dann erst im Januar beraten, das Tagesgeschäft könne aber genau gleich weiter gehen und auch die Projekte würden keine Verzögerung erfahren. Sie bitte den Rat, den Antrag der FDP-Fraktion zu unterstützen.

Heiri Schwegler hält im Namen der L2O-Fraktion fest, dass das vorliegende Budget mit einem budgetierten Aufwandüberschuss von 1,18 Mio. Franken der L2O-Fraktion nicht wirklich gefalle. Vom Gemeinderat und von den andern Fraktionen sei die Ursache ab und zu genannt worden: nämlich der Kanton. Die Fraktion könne dem zustimmen und deshalb müssten auch die daraus entstehenden Konsequenzen folgerichtig sein. Der Kanton könne sich rühmen, die Steuern zu senken. Die Fraktion sehe den Grund nicht ein, weshalb die Gemeinde Horw durch diese vom Kanton überwältigten Mehrkosten einen Leistungsabbau von 1,45 Mio. Franken so ohne weiteres übernehmen solle. Es sei also nicht ein hausgemachtes Defizit. Dazu komme, dass es in den kommenden Jahren nicht überschaubar sei, wieviel vom Kanton noch auf die Gemeinden überwältigt werden solle. Die L2O sei nicht bereit, Leistungen der Gemeinde Horw abzubauen und die vom Kanton geplanten Steuersenkungen einfach so zu akzeptieren. Die Gemeinde Horw solle sich einsetzen können, dort wo es die Steuerzahlerinnen wüssten und profitieren könnten: Bildung, Umwelthanliegen, Soziales, Kultur und Sport. Genau in diesen Punkten wolle man seitens der L2O den Auftrag der Wählerinnen und Wähler wahrnehmen. Ob die Qualität des Budgets gut oder nicht gut sei, das könne man glauben oder nicht glauben. Tendenziell glaube man seitens der L2O eher dem Gemeinderat. Die L2O weise das Budget nicht zurück und sei bereit, am vorliegenden Bericht und Antrag mitzuarbeiten. Die Ziele der Fraktion seien die folgenden: die Verschuldung nicht anwachsen zu lassen, Liegenschaftsverkäufe für den Schuldenabbau oder für Vorinvestitionen zu verwenden, energiepolitische Zeichen setzen, die Steigerung der Qualität in unseren Schulen, die Musikschule dürfe nicht auf der Einnahmenseite angepasst werden, die vom Souverän beschlossenen Investitionen wolle die Fraktion mittragen; siehe Seefeld. Es wäre möglich, dass die L2O einem budgetierten Defizit unter gewissen Vorzeichen zustimmen würde, doch so wie die Aussichten seien, wolle man voraus denken. Der Kanton senke die Steuern voraussichtlich um 1/10 Steuereinheit; wir dürften also sicherlich 1/20 Steuereinheit für die übernommenen Leistungen einfordern. Grotesk wirke in dieser Situation auch die vom Einwohnerrat beschlossene Abschaffung der Erbschaftssteuer. Die L2O-Fraktion sei für Eintreten und danke sämtlichen beteiligten Personen für die Arbeit am Budget.

Alwin Larcher stellt namens der SVP-Fraktion fest, dass ein Budget gemäss Duden eine Gegenüberstellung von Einnahmen und Ausgaben der öffentlichen Hand mit dem Ziel sei, dass sich die beiden Faktoren miteinander ausgleichen würden. Zu diesem Zweck habe man verschiedene Mittel zur Verfügung bei der Bearbeitung dieses Budgets. Man habe die Voraussicht, man habe Sachkenntnis, die hoffentlich vorhanden sei, man habe aber auch manchmal eine Selbsttäuschung, man habe Zuversicht, Pessimismus und auch die Demagogie. Bei der Erarbeitung gebe es aber bloss einen Grundsatz: den Realismus. Ein Budget aufzustellen sei nicht einfach, das wisse man. Gesicherte Zahlen habe man bloss aus dem Jahre 2004. Immerhin wäre die Gemeindeverwaltung in der Lage, vom laufenden Jahr dem Rat gewisse Hinweise zu geben, wie das dann finanziell gelaufen sei. Diese Angaben allerdings fehlten dem Einwohnerrat. Bei den Pressestimmen habe die SVP mit Erstaunen festgestellt, dass unser Gemeindeammann gesagt habe: "Horw ist trotz Defizit zufrieden." Woher er diese Meinung nehme, das sei vermutlich sein alleiniges Geheimnis. Vielleicht sei es aber auch so, dass heute viele Menschen schnell zufrieden seien; das aber sei die SVP nicht. Er frage, wie man zufrieden sein könne bei einem Defizit von 1,8 Mio. Franken, das sich eventuell auf 2,5 Mio. Franken erhöhe, und wie man auch zufrieden sein könne, wenn sich die Schuld der Gemeinde Horw bis 2006 auf 46 Mio. Franken belaufen werde. Er frage auch, wie man zufrieden sein könne damit, dass der Selbstfinanzierungsgrad von Horw auf Null sinke, und die Schulden mehr als 100 % eines normalen Steuerertrages ausmachten. Da könne man doch sicher nicht zufrieden sein! Auch aus dem Grund nicht, weil in unserer Gemeinde noch einige Investitionen bevorstünden in den nächsten Jahren, und zwar grosse Investitionen. Es sei also vorauszusehen, dass unsere Schuld anwachsen werde und zu wessen Lasten. In den wenigsten Fällen zu uns selber; diese Schuld gehe zulasten der Jugend, welche jetzt dann ins steuerzahlende Alter käme und die in Schule und Ausbildung stehe, sogar zu Lasten der Ungeborenen. Zu jenen Lasten würden wir Ausgaben beschliessen und Budgets vorlegen, so wie man nun eines vorliegend habe. Schon bei der Pressebesprechung sei vermutet worden, und diese Vermutung erweise sich als richtig, dass die Parteien voraussichtlich ein ausgeglichenes Budget verlangen würden. Er habe bis jetzt noch nicht allzu viel von einem ausgeglichenen Budget gehört. Doch die SVP verlange ein ausgeglichenes Budget, und zwar - er verwende jetzt einen Modeausdruck - ein nachhaltig ausgeglichenes Budget. Dabei seien die Fr. 750'000.00 dieses Liegenschaftsverkaufs bzw. der Gewinn, welcher nächstens über die Bühne gehen solle, dann bereits abgezogen. Es sei nicht seriös, wenn man einen allfälligen, in Zukunft unter Umständen anfallenden Gewinn, wovon man aber noch über nichts Schriftliches verfüge - er jedenfalls habe von der Gemeindebehörde keinen Vorvertrag erhalten -, wenn man diesen zusätzlichen Gewinn bereits in ein Budget nehmen wolle. Ganz abgesehen davon werfe das ein Licht auf unsere Abschreibungsverhältnisse. Wir hätten in der Rechnung 2004 ca. 3 Mio. Franken Liegenschaftengewinn gemacht durch den Verkauf eines Grundstückes im Zentrum. Wir machten jetzt bei einem kleinen Stück Land in der Grösse von 200 - 300 m² einen Gewinn von Fr. 750'000.00. Das werfe ein Licht auf die vergangene Abschreibungspolitik und zeige auch, dass man in der Vergangenheit sehr gut abgeschrieben habe; eventuell sogar zuviel abgeschrieben habe und dadurch die Budgets und nachher die Rechnungen recht eigentlich verfälscht seien. In den Vorbesprechungen zwischen dem Gemeinderat und den Kommissionen sei klar geworden, in welche Richtung ein neues Budget gehe, das sei bereits von Kolleginnen und Kollegen erwähnt worden. Eines möchte er noch anfügen: Wir be-

fänden uns nicht in einer Krise oder Rezession, wir befänden uns in ordentlichen, gar nicht so schlechten Wirtschaftsverhältnissen. Während es andere fertig brächten einen Gewinn zu erwirtschaften, allenfalls die Steuern zu senken, würden wir es fertig bringen, ein Defizit zu budgetieren. Die SVP-Fraktion sei deshalb als logische Konsequenz für Nichteintreten und Rückweisung des Budgets an den Gemeinderat zur Überarbeitung.

Thomas Zemp grenzt sich vorerst ab von jener Rolle, welche er normalerweise in der GPK habe. Er halte klar fest, dass er nun als Einwohnerrat und eventuell noch im Namen von zwei bis drei Kollegen spreche. Wenn man das Budget 2006 betrachte und es insofern bereinige, als dass man den Buchgewinn herausnehme, und die unübliche Entnahme aus dem Fonds von Verkehrswegen, dann komme man zu einem Aufwandüberschuss von 2,8 Mio. Franken, das könne nicht befriedigen. Es sei nach seiner Sicht ein klares Ziel, ein ausgeglichenes Budget vorgelegt zu erhalten. Er und seine Kollegen gingen auch davon aus, dass dies durchaus realistisch sei. Dies unter kritischer Überprüfung der Ausgaben einerseits, aber auch durch eine optimistischere Budgetierung der Einnahmen andererseits. Er halte in aller Deutlichkeit fest, dass es nicht darum gehe, Leistungen oder Arbeitsplätze abzubauen. Es gehe vielmehr darum, dass man die Ausgaben kritisch hinterfrage, und zwar im Hinblick auf die Qualität, die Quantität, aber auch auf Beschaffungspreise, und in diese Rubrik gehöre für ihn durchaus auch die Frage nach einem vollständigen Teuerungsausgleich. Aufgrund der Erfahrungen der letzten Jahre kämen er und seine Kollegen zur Auffassung, dass sich Horw sowohl im Bereiche der Investitionen, als auch im Bereiche der Laufenden Rechnung auf einem teilweise unnötig hohen Kostenniveau bewege. Man könnte das durch diverse Projekte und Rechnungspositionen aus der letzten Zeit bis hin zu den letzten Wochen illustrieren; er verzichte jedoch vorderhand darauf. Ein kritisches Hinterfragen scheine deshalb angezeigt, und sie gingen davon aus, dass ein Potenzial an Einsparungsmöglichkeiten bestehe, welches zu keinen oder allenfalls vertretbaren Auswirkungen führe. Als klar falsch würden sie es erachten, wenn bei einer allfälligen Budgetüberarbeitung mit linearen Kürzungen operiert würde, oder wenn Kleinstbeträge, wie zum Beispiel Reduktionen bei den Vereinsunterstützungen, eingespart würden. In den Diskussionen innerhalb der vorberatenden Kommissionen wie auch beispielsweise in der CVP-Fraktion habe man mehrmals feststellen können, dass diesem Budget seitens einzelner Parlamentarier offensichtlich relativ tiefe Bedeutung zugemessen werde. Aussagen wie "es kommt sowieso besser als budgetiert" untermauerten das. Diese Leute würden zeigen, dass sie - das sei aufgrund der Erfahrungen aus den letzten Jahren durchaus verständlich - selber auch nicht wirklich an diese Budgetvorlage glauben. Er und seine Kollegen erachteten dies aber als trügerisch und fragwürdig. Es müsste uns gelingen, über aussagekräftige Budgets beraten zu können, ansonsten sei der Wert der parlamentarischen Beratung echt in Frage gestellt und man befände sich zudem im finanziellen Blindflug. Man solle daran denken, in welcher Grössenordnung sich die Finanzpläne in den letzten Jahren verändert hätten, jeweils von Ausgabe zu Ausgabe. Er stelle deshalb ebenfalls den Antrag auf Nichteintreten und Rückweisung des Berichtes und Antrages Nr. 1314 an den Gemeinderat zur Überarbeitung. Er erwarte ein ausgeglichenes Budget - und zwar ohne den budgetierten Buchgewinn. Diese Zielsetzung sei seiner Meinung nach hauptsächlich durch Sparmassnahmen in den Bereichen Personalaufwand ca. 0,5 Mio. Franken, Sachaufwand ca. 1 Mio. Franken und Abschreibungen ca. 0,15 Mio. Franken zu erreichen, auf der andern Seite aber durch eine realistische Budgetierung der Einnahmen von plus 1 Mio. Franken. Es sei zugegebenermassen unüblich, dass in Horw ein Budget zurückgewiesen werde. Rein sachlich betrachtet dürfe das aber kein Problem darstellen. Es gehe lediglich darum, das Budget erneut kritisch durchzuarbeiten, halt unter dem Gesichtspunkt von etwas veränderter politischer Gewichtung. Als wenig sinnvoll und wenig fruchtbar halte er eine Detailberatung mit dem Versuch, durch Einzelanträge ein ausgeglichenes Budgets zu erreichen. Dazu fehle schlicht die Detailkenntnis. Es sei eine klare Aufgabe der Exekutive, und deshalb müsse man auch Nichteintreten und Rückweisung beantragen. Es sei ihm klar, dass die Ausarbeitung dieses Budgets eine sehr aufwändige und zeitintensive Sache gewesen sei, er möchte deshalb auch insbesondere jenen Personen, welche das Budget erstellt hätten, allen voran dem Finanzsekretär Meinrad Hermann, für die Vorlage danken. Er hoffe aber trotzdem, falls es zu einem Nichteintreten komme, dass eine konstruktive Überarbeitung dieser Vorlage stattfinden könne.

Jörg Stalder erklärt, ihn überraschten gewisse Voten zum Thema Nichteintreten auf dieses Budget. Er sehe die Aufgabe des Einwohnerrates etwas anders. Er sehe sie aufgrund des Reglementes und der Gemeindeordnung darin, dass sich der Einwohnerrat auch um Details kümmere. Man verfüge über keine Globalbudgets, man sehe in sämtliche Positionen hinein, der Einwohnerrat könne alles "schrauben" und verändern. Es werde gesagt, dass das Budget derart schlecht daher komme, dass es in globo zurückzuweisen sei. Er finde, bei einem Nichteintreten nehme der Einwohnerrat seine Verantwortung nicht wahr. Die Verantwortung könne man bis zum Schluss wahr nehmen, auch auf der Einnahmenseite könnten noch die notwendigen Veränderungen getätigt werden, wenn der Einwohnerrat das ausgeglichene Budget wolle. Er sei seit nunmehr fünf Jahren in diesem Rat und höre immer wieder, wie dieses Budget erarbeitet werde. Er sei vier Jahre in der GPK gewesen, und es sei stets erwähnt worden, dass intensive Sparrunden gelaufen seien. Natürlich könne man als Aussenstehender noch da und dort mehr sparen. Er denke, dass ein ausgewogenes Paket erarbeitet worden sei. Er habe Angst, wenn man den Gemeinderat nun noch mehr in die Sparphase hinein schicke, dass das zu einem Leistungsabbau führen werde. Da möchte er sich ganz klar dagegen ver-

wenden. Er habe einiges gehört: einerseits wolle man Steuern sparen, andererseits wolle man die Leistungen dennoch erhalten; das gehe bei ihm nicht auf. Er frage sich auch, was Horw oder die Schweiz definiere. Das sei doch eine gewisse Leistungsbereitschaft, aber auch eine gewisse Erwartung an den Staat. Er glaube, wenn man hier ein gewisses Mass unterschreite und zu fest herunterfahre, komme man auf eine Art interne Überfremdung, dass wir unserem Staat selber fremd und dann ein Problem haben würden. Er bitte die Anwesenden aufgrund seiner Ausführung nochmals innigst, ein Zurückweisen zu überdenken. Aus seiner Sicht müsse man heute über die Sache diskutieren und mit der breiten Meinungsvielfalt dem Gemeinderat eine Stütze bieten bei diesem schweren Job, die Finanzen ins Lot zu bringen.

Gemeindeammann Gianmarco Helfenstein dankt im Namen des Gemeinderates für die positiven Hinweise und für die Arbeit, welche die Verwaltung, der Gemeinderat und die Kommissionen geleistet hätten. Gerne werde er den Dank weiter geben. Er verwehre sich aber jeder Feststellung, dass eine Rechnung der Gemeinde Horw verfälscht sein solle. Für ihn sei ein Budget nach wie vor ein Führungsinstrument für den Einwohnerrat und für den Gemeinderat. Es sei aber eine Momentaufnahme, nur dauere dieser Moment für den Gemeinderat von Mai bis ca. August und einzelne definitive Daten fehlten bis heute oder träfen sogar erst im Verlaufe des entsprechenden Rechnungsjahres ein. An und für sich sei diese Momentaufnahme eine Auflistung von angenommenen Zahlen, und zwar von Aufwändungen und Erträgen. Das Gemeindegesetz sage sogar "... Beträge, die nicht genau bekannt sind, sind zu schätzen." Für ihn sei auch das Wort "schätzen" negativ behaftet, berechnen wäre zutreffender. Entscheidend sei, dass Abweichungen vor allem bei einem Rechnungsabschluss nachher begründet und erklärt werden müssten. Genau da unterstreiche er, dass unsere Budgetgenauigkeit in den letzten Jahren selten in der Artengliederung oder nach den Funktionen über 10 % ausgefallen sei; wenn man Ausreisser gehabt habe, dann seien diese meistens gut begründet worden, man habe anlässlich des Rechnungsabschlusses jeweils genau erklären können. Speziell bei den grössten Themen wie Steuerertrag, Personal- oder Sachaufwand - und das habe der Einwohnerrat selber verfolgen können- habe man eine sehr hohe Budgetgenauigkeit gehabt. Auf einzelne Voten oder Positionen gehe er im Moment noch nicht ein. Generell sei es richtig, dass der Einwohnerrat ein Budget vor sich habe, hinter dem der Gemeinderat stehen könne. Zwar habe sich der Gemeinderat während mehrerer Tage intensiv mit diesem Budget befasst, mit den Wünschen auseinander gesetzt, habe Rückfragen gemacht bei den Verantwortlichen Stellen und sei zum Schluss gekommen, dass ein Aufwandüberschuss in diesem Ausmass vertretbar sei. Man dürfe nicht vergessen, dass dies rund 2,25 % der im Budget erwähnten 80 Mio. Franken Umsatz betreffe. Sparübungen machten oder auf dem "Spartrip" seien der Gemeinderat und die Verwaltung schon lange, das sei ein fast tägliches Programm. 5 Mio. Franken seien bereits in einer ersten Runde eingespart worden; es sei aber auch zu einfach ausgedrückt, wenn das bloss "Wünsche" betroffen hätte. Die Anliegen seien irgend woher gekommen, man habe das Sammelsurium zusammen gezogen und werde dieses von Fall zu Fall aufzeigen, ob es möglich sei zu sparen, von der Abschreibung, der Zinsbelastung oder der Entwicklung im Steuerbereich. Im gesamten Spartrip vergesse man grosszügig wenn man gegen das Budget spreche, was wasserfallmässig vom Kanton auf uns zu komme. Man müsse sich nicht um Frankenbeträge streiten. Er rufe aber in Erinnerung und zeige auf, dass man Reduktionen der Steuerveranlagung, Pensenerhöhung in der Schulleitung, Beiträge an Kantonsschüler - und man habe mehr Schüler -, Beiträge an die Heimfinanzierung, Nettoaufwand gesetzliche Fürsorge, Gemeindebeitrag an den Regionalverkehr und eine Reduktion des Ressourcenausgleichs im Finanzausgleich habe; das mache beim Kanton rund Fr. 600'000.00 aus, was man im Vorjahr nicht gehabt habe. Beispielsweise das Verhältnis zu anderen Gemeinden komme dahingehend zur Geltung, dass man Gemeindebeiträge für die auswärtige Werkschule, Gemeindebeiträge an die auswärtige Sekundarschule oder an die Diplommittelschule oder Wirtschaftsmittelschule habe; diese Beiträge hätten sich pro Kopf markant erhöht und man stelle auch eine erhöhte Schülerzahl fest. Benützungskosten für Schulräume oder der grosse Beitrag oder die Differenz beim Agglomerationsverkehr, dies alles falle auch mit rund einer halben Million ins Gewicht. Man könne also ersehen, dass man fast 1,8 Mio. Franken mehr Belastungen durch den Kanton habe. Im Gemeinderat sei es vor allem darum gegangen aufzuzeigen, dass man über die Fähigkeiten für ein ausgeglichenes Budget verfügen würde, aber es könne nicht sein, dass man viel Wünschenswertes, Sanierungsbedürftiges oder Standardausbauten mit Sparmassnahmen ausgleichen könne, und dann noch zusätzlich das vom Kanton oder von anderen Gemeinden auf Horw laste, wo man nur noch Ja dazu sagen könne. Betreffend Position "AggloMobil" bzw. Agglomerationsverkehr weise er auf den entsprechenden Bericht und Antrag hin, wo der Einwohnerrat gesagt habe, dass der diesbezügliche Betrag zu hoch sei und man diesen korrigieren müsse. Anschliessend habe es einen Zusatzbericht gegeben, wo der Betrag besser dagestanden habe. Leider stehe der ÖVL nicht mehr zu dieser Zahl im Zusatzbericht und deshalb sei diese wieder nach oben korrigiert worden. Aufgrund der Gespräche sei seitens des ÖVL nun der Hinweis gekommen, dass der Betrag doch tiefer ausfallen werde. Er zeige lediglich auf, wie das Spiel hin und her gehe. Budgets seien Annahmen. Da könne man nun dem Kanton oder dem ÖVL Mitteilungen machen; doch der Gemeinderat müsse jene Zahl nehmen, welche im Moment aktuell sei. Auf der Ertragsseite sehe man bei den Sondersteuern, dass man aufgrund des Mehrjahresvergleichs gewisse Positionen angepasst habe, im Speziellen die Grundstückgewinnsteuer sei etwas höher als in früheren Jahren. Horw mache momentan im Baubereich eine gute Entwicklung durch und auch mögliche Handänderungen würden sicherlich in Zukunft eintreffen. Betreffend ausserordentlicher Buchgewinn der Finanzliegenschaft: Man wolle hier nicht Kosmetik betreiben, das hätte man auch schon in früheren

Jahren tätigen können. Man habe zwei oder drei Liegenschaften, wo man sich in ernsthaften Diskussionen befinde, diese zu veräussern. Die Gründe für den damaligen Kauf der Liegenschaft träfen heute nicht mehr zu. Konkret sei dies die Liegenschaft, die sich vis-à-vis des Gemeindehauses befinde, welche 600 - 800 m² gross sein könnte. Es sei auch kein voller Betrag enthalten, man habe nur eine mögliche Zahl erwähnt, weil man das Bild nicht habe verfälschen wollen. Sämtliche Liegenschaften im Besitz der Gemeinde Horw, welche nicht überbaut seien, würden gar nicht in der Bilanz erscheinen. Das Rechnungsmodell sage aus, dass ein sogenannter Buchgewinn über die Laufende Rechnung ausgewiesen werden müsse. Über das Thema Abschreibungen möchte er sich nicht äussern, das könne man dann diskutieren, wenn man die Rechnung vor sich habe. Aufwandmässig meine er, dass - vielleicht auch dank der Unterstützung des Einwohnerrates - in den letzten Jahren stets genauer, hartnäckiger und näher budgetiert werde. Den Sachaufwand müsse man in seiner Gesamtheit stets genau analysieren. Er lege den Einwohnerratsmitgliedern ans Herz genau zu überlegen, was mit diesem Budget passieren solle. Es werde sicher einen Mehraufwand geben, wenn man nochmals darüber befinden müsse. Man müsse auch bedenken, was in andern Gemeinden passiert sei, als man das Budget zurückgewiesen habe. Am Schluss wolle doch niemand sparen und es gebe wieder viele Diskussionen. Er bitte den Rat, dem Gemeinderat das Vertrauen zu schenken, weiterhin auf dem "Spartrip" zu bleiben, damit man die Pläne und Projekte auch verwirklichen könne. Auch der Gemeinderat stehe zum Finanzplan, und die darin enthaltenen Kennzahlen werde man in Zukunft vertreten. Er danke.

Einwohnerratspräsident Heinz Sigrist erwähnt den Antrag der FDP-Fraktion, der SVP-Fraktion und jenen von Thomas Zemp auf Nichteintreten und Rückweisung des Budgets 2006 zur Überarbeitung an den Gemeinderat, um anschliessend dem Einwohnerrat ein ausgeglichenes Budget vorzulegen. Über diesen Antrag sei nun abzustimmen.

Abstimmung

Den Antrag der FDP-Fraktion, der SVP-Fraktion und von Thomas Zemp auf Nichteintreten und Rückweisung des Budgets 2006 zur Überarbeitung an den Gemeinderat und anschliessend dem Einwohnerrat ein ausgeglichenes Budget vorzulegen, annehmen.	15 Stimmen
Auf das Budget 2006 eintreten.	13 Stimmen

Der Antrag der FDP-Fraktion, der SVP-Fraktion und von Thomas Zemp auf Nichteintreten und Rückweisung des Budgets 2006 zur Überarbeitung an den Gemeinderat und anschliessend dem Einwohnerrat ein ausgeglichenes Budget vorzulegen, wird angenommen. Auf das Budget 2006 wird somit nicht eingetreten, dieses geht zurück an den Gemeinderat zur Überarbeitung.

Traktandum 3

Postulat Nr. 558/2005 Karin Probst, L20, und Mitunterzeichnende: Öffentliche Beleuchtung mit Naturstrom

"Im Entwurf des Leitbildes zur räumlichen Entwicklung findet sich - unter öffentliche Werke/Massnahmen - folgender Passus: "Für alle Bauten und Anlagen ist die Werterhaltung sicherzustellen und eine möglichst ökologische Bewirtschaftung anzustreben." Ein ernsthafter Schritt in jene Richtung könnte der Bezug von Naturstrom für die Beleuchtung sein. Für die Region Zentralschweiz gibt es hierfür ein eigenes Angebot - den RegioMix. Dieser wird aus 100% erneuerbaren Energiequellen gewonnen; Wind-, Wasser-, Biomassen- und Solarenergie werden ins Netz eingespeist. Die Gemeinde Horw wird durch dieses verstärkte Umweltsengagement nicht nur ein klares Zeichen für die Natur setzen und eine Vorbildfunktion für die Bevölkerung übernehmen, sondern zugleich regionales Gewerbe unterstützen und Arbeitsplätze sichern. Der Naturstrom entstammt umweltschonend produzierenden Kleinkraftwerken der Zentralschweiz. Aus diesen Überlegungen ersuchen wir den Gemeinderat das Anliegen zu prüfen und anschliessend entsprechende Schritte zur Umgestaltung einzuleiten."

Karin Probst erläutert ihren Vorstoss. Die letzten Überschwemmungen in der Schweiz hätten erst vor wenigen Wochen stattgefunden, und auch die vorletzten seien uns allen noch in Erinnerung. Andernorts gebe es Felsstürze, Stürme, der Permafrost gehe zurück; der globale Klimawandel sei dann jeweils kurzfristig in aller Munde. Um mittel- bis längerfristig angemessen mit dieser Problematik umgehen zu können seien jetzt handfeste Massnahmen gefragt. Wie der Gemeinderat in seinem Massnahmenprogramm "Energiesparen und Luftreinhaltung" richtig erkannt habe, bringe lediglich lokales Handeln einen ersten Schritt zur Verbesserung unserer Lebensqualität. Es lasse sich nicht bestreiten, dass alle Energieformen in irgend einer Form zu Schadstoffemissionen führen. Nur gebe es sehr grosse Unterschiede bezüglich der ausgestossenen Menge, insbesondere die Verbrennung fossiler Produkte zur Energieerzeugung, dort entstünden riesige Mengen an Schadstoffen. Bei andern Erzeugungsformen gebe es eine neue Problematik mit der Entsorgung oder

Endlagerung verstrahlter Abfallprodukte. Nebst Bund und Kanton seien auch die Gemeinden im Interesse ihrer Bevölkerung gefordert, den Energieverbrauch zu senken. Sie frage, was nun aber an jenen Orten sei, wo sich die Energiemenge nicht so einfach senken lasse, wie beispielsweise bei der öffentlichen Beleuchtung. Genau dort setze das Begehren dieses Postulates an. Wenn schon Energie benötigt werde, um stellenweise die Nacht zum Tag zu machen, dann bitte mit erneuerbaren Energiequellen wie Wind, Wasser, Biomasse und Solarkraft, dem sogenannten Naturstrom. Leider reichten die paar Solarzellen auf dem Gemeindehausdach nicht aus, um den eigenen Verbrauch decken zu können. Der gute Wille sei vorhanden, und jetzt gelte es weiterzudenken und eine Vorbildfunktion wahr zu nehmen. Ein weiterer Vorteil dieses Naturstroms sei, dass die Produktion in der Region erfolge und so Arbeitsplätze gesichert werden könnten. Die L2O traue den beiden anwesenden Räten durchaus ein vorausschauendes Energiebewusstsein zu und danke für die Überweisung und Prüfung dieses Postulates.

Gemeinderätin Manuela Bernasconi weist namens des Gemeinderates darauf hin, dass es wie der Postulantin auch dem Gemeinderat ein Anliegen sei, für alle Bauten und Anlagen eine möglichst ökologische Bewirtschaftung anzustreben. Wie Frau Probst gesagt habe, sei der Strombedarf trotz aller Sparappelle in der Schweiz seit 1990 stetig gestiegen. Wenn um 2020 die ersten Kernkraftwerke vom Netz gehen müssten, werde eine Lücke in der Stromversorgung zu füllen sein. Im Fokus dieser Überlegungen, wie dieser Bedarf möglichst günstig und CO₂-frei gedeckt werden könne, stünden natürlich die erneuerbaren Energien. Der Gedanke, dass diese Stromproduktion durch Wind, Sonne, Biogas etc. aktiv gefördert werden müsse, damit ihr Anteil wachse, sei vollkommen richtig und auch aus ökologischer Sicht wie aus Gründen der Versorgungssicherheit anzustreben. Das Energie- und CO₂-Gesetz verlange eine Eindämmung der Verbrauchszunahme vom Strom, wie auch die Erhöhung des Anteils der erneuerbaren Energien beim Strommix. Der Gemeinderat habe im Rahmen des Massnahmenprogramms "Energiesparen und Luftreinhaltung" gezeigt, dass er der Energiefrage Priorität einräume. In den letzten Jahren seien verschiedene Energiesparmassnahmen realisiert worden in den Bereichen Verkehrsplanung, Controlling von kommunalen Bauten und Anlagen, Siedlungsentwässerung, Mobilität und Information. Nun zur öffentlichen Beleuchtung oder zur Energieeffizienz bei der Strassenbeleuchtung: Regelmässig würden in Horw rund Fr. 20'000.00 in die Erneuerung der öffentlichen Strassenbeleuchtung investiert. Der Gemeinderat habe 2001 ein Grobkonzept erstellen lassen, das zeige, wie grosse Investitionen die Gemeinde tätigen müsste, damit man Einsparungen bei den Betriebskosten erzielen würde. Ungefähr ein Drittel sei nun umgesetzt worden in die Erneuerung der entsprechenden Anlagen, damit man weniger Strom brauche. Nach der Umsetzung dieses Grobkonzeptes würde die Gemeinde rund 154'000 Kilowattstunden pro Jahr einsparen. Heute beziehe die Gemeinde 541'000 Kilowattstunden Energie und bezahle hierfür rund Fr. 81'000.00. Wenn man nun diesen Regiomix-Strom beziehen würde, ergäbe das einen Aufpreis von 17 Rappen pro Kilowattstunde, das ergäbe dann für die öffentliche Beleuchtung einen Mehrpreis von Fr. 92'000.00. Die beiden lokalen Stromversorger ewl und CKW verkauften keinen zertifizierten Ökostrom. Eine Zertifizierung sei von Bedeutung, weil nur sie die Einhaltung des ökologischen Mindeststandards garantiere. So liefere nicht jede Wasserkraft einfach sauberen Strom, sondern es müssten zahlreiche Faktoren wie Restwassermenge oder naturnahe Kraftwerksumgebung mit berücksichtigt werden. Bemühungen seitens der ewl und der CKW zur Förderung von erneuerbaren Energien seien zu begrüssen. Sie strebten jedoch im Moment keine Zertifizierung an. Es bestehe gemäss dem aktuellen Strommarktgesetz die Möglichkeit, bei ausserkantonalen Werken zertifizierten Strom zu beziehen. Das wäre beispielsweise in Graubünden möglich. Dies erscheine dem Gemeinderat aber heikel, da man auf eine angenehme Zusammenarbeit mit den Energieversorgern angewiesen sei. Der Gemeinderat sei überzeugt, dass der jährliche Mehrpreis, der durch den Bezug von Ökostrom anfalle, innerhalb unserer Gemeinde für Energiesparmassnahmen und eigene Projekte zur Förderung von erneuerbaren Energien sinnvoller eingesetzt werden könnte. Mit dem Massnahmenprogramm "Energiesparen und Luftreinhaltung" verfüge man über ein Instrument, welches dem Gemeinderat Möglichkeiten aufzeige. Das erste Jahr des Massnahmenprogrammes habe gezeigt, dass die Horwer Bevölkerung Interesse zeige und auch rege Gebrauch dieser Förderbeiträge gemacht habe, obwohl sich diese auf einem sehr kleinen Mass bewegten. Das habe den Gemeinderat nun veranlasst, nach den ersten guten Echos diesen kleinen Betrag für die erneuerbaren Energien - in diesem Jahr Fr. 15'000.00 - per Gemeinderatskredit auf Fr. 30'000.00 zu verdoppeln, damit man nicht zuviel Frustration bei den Gesuchstellenden auslöse. Es sei aber nach wie vor ein kleiner Betrag. Es werde Aufgabe der kommenden Monate sein, eventuell eine Aufstockung von Förderbeiträgen zu erwirken, da das Interesse wirklich sehr gross sei. Auch die BVK habe vor, sich in einer kommenden Sitzung mit dieser Thematik auseinander zu setzen. Allenfalls werde es so weit kommen, dass man einen Bericht und Antrag vorlege, damit der Einwohnerrat auch mitreden könnte. Aus all den genannten Gründen mache der Gemeinderat dem Einwohnerrat beliebt, dieses Postulat nicht zu überweisen. Die Thematik Energiesparen behalte aber ihre Priorität. Der Gemeinderat betreibe eine aktive Energiepolitik, bei welcher auch der Einwohnerrat eingebunden werde; vor allem auch dann, wenn es darum gehe, die Förderbeiträge für die Zukunft zu sprechen.

Karin Probst weiss namens des L2O-Fraktion die Bemühungen des Gemeinderates bezüglich des Massnahmenprogrammes zu schätzen. Das mit der Zertifizierung sei der Fraktion ebenfalls bewusst, doch das sei das kleinere Übel. Wenn man heute auch noch nicht so weit sei, dass dieses Papier vorliege, sehe man doch einen Weg, dass die Gemeinde als allfällige Grossabnehmerin dieses Naturstroms auch ein Gewicht habe und eventuell auch darauf hinwirken könnte, dass es zur Zertifizierung komme. Wichtig sei mit dem Postulat auch die Vorbildfunktion der Gemeinde Horw; das Naturstrom-Angebot gelte ja für die gesamte Bevölkerung. Wenn hier die Gemeinde ein Zeichen setze, das für die Zukunft nachhaltige Wirkung zeige, könnte dies die eine oder andere Bevölkerung animieren, gleich zu ziehen. In diesem Sinn ersuche sie den Rat, das Postulat zu überweisen und anschliessend prüfen zu lassen. Man müsse in die weiteren Überlegungen mit einbeziehen, was die Luft rein halte und die Energie senke.

Alwin Larcher hält fest, dass immer dann, wenn die L2O von ihrer Kernkompetenz spreche, sich auf sicherem Boden befinde, beispielsweise Naturschutz, Nachhaltigkeit und was man alles darunter verstehe; dies im Gegensatz dazu, wenn sie über die Wirtschaft spreche. Dieses Postulat möchte er persönlich - er spreche nicht im Namen der Fraktion - als richtig betrachten in Bezug auf die Stossrichtung. Es sei genau gleich wie beim Budget: Wehret den Anfängen! In Sachen Energiepolitik habe man das leider verpasst, aber es sei nie zu spät, wirklich wirksame Massnahmen zu ergreifen. Die Fr. 92'000.00 würden einerseits weh tun, auf der andern Seite wisse er, dass in den nächsten Jahren beim Strom generell - im Gegensatz zum Heizöl - mit sinkenden Preisen zu rechnen sei, so dass unter Umständen die Fr. 92'000.00 nicht so schrecklich aus sähen wie sie jetzt gerade tönnten. Das Postulat verlange vom Gemeinderat das Anliegen zu prüfen, und das sei ja bereits im Gange. Das werde dem Einwohnerrat wieder vorgelegt. Anschliessend entsprechende Schritte zur Umstellung einzuleiten, darüber werde zweifellos noch zu sprechen sein. Es sei aber wertvoll, dass man hier die öffentliche Hand einbinde, in Sachen Ökostrom und weiteres, und er persönlich werde das Postulat unterstützen.

Brigitte Germann-Arnold hält fest, dass es mit dem Naturstrom so eine Sache sei. Der Naturstrom stamme ja nicht direkt aus der Steckdose, sondern man könne mittels Bezug des Stroms diesen fördern. Sie bitte den Rat, das Postulat im Sinne, dass die Gemeinde den Naturstrom fördern solle, zu überweisen. Wenn es nun zu teuer für die Beleuchtung sei, könne man als gutes Kommunikationsmittel sagen, Horw bezahle die Rechnung für die öffentliche Beleuchtung mit Naturstrom. Es sei als Beispiel gedacht, und die L2O empfinde das als gutes Beispiel. Wenn die Gemeinde finde, dass das zu teuer sei und man einen gewissen Teil Naturstrom beziehe, könne sie das auch so tätigen. Der Naturstrom sei wichtig, wie eben erwähnt mittels Massnahmenprogramm. Man solle erneuerbare Energien fördern, und es seien Massnahmen geplant, die Bevölkerung zu motivieren, durch freiwillige Aktionen Energie zu sparen. Jetzt habe man nun eine freiwillige Aktion, welche sich auf dem Markt befinde, nämlich den Regiomix, wo jeder mitmachen könne. Das wäre nun eine solche Massnahme. Deshalb solle die Gemeinde unbedingt auch mit einem Vorbild voran gehen und diesen Öko-Strom beziehen. Man dürfe nicht nur das Umweltmanagement stärken, es würde auch das Energiebewusstsein in der Bevölkerung entwickeln. Das würde auch den Anteil der erneuerbaren Energie steigern, das sei das Ziel. Es sei das Ziel, dass vermehrt erneuerbare Energien gebraucht würden und weniger von den andern. Bezüglich Teuerung habe man gehört, dass in die Anlagen investiert werde. Wenn man stets vermehrt in bessere energiesparende Strassenbeleuchtung investiere, senke das den Stromverbrauch und folglich koste das immer weniger. Sie bitte den Rat, das Postulat zwecks Prüfung zu überweisen, auch wenn es dann heissen werde, dass die Gemeinde Naturstrom beziehe, das sei das wichtigste Anliegen, und das als Beispiel zu betrachten für die öffentliche Beleuchtung; sie bitte den Rat, das Postulat zu unterstützen.

Hans-Ruedi Jung schickt vorweg, dass er für Ablehnung dieses Postulates sei. Nicht weil ihm die Stossrichtung missfalle, im Gegenteil, aber er denke, dass es effektivere Einsätze für den eingesetzten Franken gebe, als wenn man die öffentliche Beleuchtung mit Naturstrom betreibe. Grössere Wirkung mit gleicher Summe könnte man entfalten, wenn man andere Massnahmen treffe; Gemeinderätin Manuela Bernasconi habe es erwähnt. Wenn man nun im Rat zum Schluss komme, dass das Postulat überwiesen werden solle, dann bitte er den Rat, sich nicht auf den Regiomix zu versteifen. Es gebe Kraftwerke, welche Naturstrom anböten, der bei der Übernahme des Naturstroms wesentlich weniger prohibitive Einspeisungsvergütungen hätte, was sich dann entsprechend im Strompreis niederschlage, und er bitte, wenn man diesen beziehe, auch den Markt spielen zu lassen. Es solle dann der günstigste Naturstrom gewählt werden. Es gebe auch jene Kraftwerke, welche sich mit dem "grünen Mäntelchen" profilieren nach aussen, und wenn man dann sehe, wie sie genau den Strom abnähmen und zu welchen Konditionen, dann müsse man ein grosses Fragezeichen setzen. Es gebe auch andere Kraftwerke, welche ehrlich und transparent seien. Hier müsste man dann tatsächlich schauen, wer das anbiete und er sei überzeugt, dass das günstiger als die Fr. 92'000.00 zu stehen käme. Im Internet ersehe man ansatzweise, wer günstigen Naturstrom anbiete und dann müsse man aber nochmals hinterfragen, zu welchen Konditionen usw. Es sei im Speziellen der Markt zu beobachten und zu sehen, welche Diskrepanzen beim Naturstromangebot bestünden.

Thomas Zemp unterstützt ebenfalls die Haltung des Gemeinderates. Man könne nachhaltiger wirken mit Fr. 80'000.00, als wenn man jetzt darüber spreche und anschliessend diese Lampen so betreibe. Später wisse das niemand mehr; der Einwohnerrat ersehe es im Budget, wenn man die hohen Kosten feststelle. Dann würde man ersehen, dass man eine Strassenbeleuchtung mit Naturstrom habe. Es sei eine einmalige Diskussion, anschliessend merke das niemand mehr. Er sei auch für das Betreiben mit nachhaltiger Energie, doch er bitte den Rat, politisch mitzuhelfen, überhaupt solche Kraftwerke zu realisieren. Man sage zwar "global denken, lokal handeln", doch wenn man dann global handeln wolle und ein solches Kraftwerk bauen möchte, dann komme dann der lokale Widerstand. Dann gebe es Bedingungen, welche das verunmöglichen: Restwassermengen auf einem sehr tiefen Niveau, Landschaftsschutz, keine "Verschandelung" der Natur. Man solle besser mithelfen, es zu ermöglichen, solche Kraftwerke zu bauen.

Jörg Stalder gibt zu bedenken, dass Thomas Zemp nun flankierende Massnahmen aufgelistet habe. Das Ziel sei wohl das gleiche, nämlich die Realisierung dieser Kraftwerke. Doch man werde mit den flankierenden Massnahmen auch erreichen, dass man nicht durch den Bau von etwas ökologisch Gutem die Ökologie im Gesamtzusammenhang störe. Er werde sich für das Postulat einsetzen.

Abstimmung

Antrag L2O-Fraktion, das Postulat Nr. 558/2005 "Öffentliche Beleuchtung mit Naturstrom" überweisen, annehmen.	9 Stimmen
Antrag Gemeinderat, das Postulat Nr. 558/2005 "Öffentliche Beleuchtung mit Naturstrom" nicht überweisen, annehmen.	17 Stimmen

Das Postulat Nr. 558/2005 "Öffentliche Beleuchtung mit Naturstrom" wird nicht überwiesen.

Traktandum 4

Postulat Nr. 557/2005 Beatrice Buholzer-Stierli, FDP, und Mitunterzeichnende: Sauberkeit als Visitenkarte von Horw

"Schon längere Zeit werden immer wieder verschiedene Sachen wie Papier, Pet- und Glasflaschen, Karton ect. auf den Boden oder ins Gebüsch geworden. Andererseits sind die Abfallbehälter, vor allem bei Bushaltestellen, Spielplätzen und öffentlichen Plätzen teilweise überfüllt. Dies hinterlässt bei der Bevölkerung einen unordentlichen Eindruck. Der Gemeinderat hat schon einiges unternommen, um Abhilfe zu schaffen. Im Rüteli wurden zusätzliche Abfallbehälter aufgestellt. Übers Wochenende ist jemand beauftragt, die Badeplätze und WC sauber zu halten. Auf öffentlichen Plätzen wurden Tafeln montiert, die schriftlich darauf hinweisen, den Abfall nicht einfach wegzuworfen, sondern fachgerecht zu entsorgen. Doch viele nehmen dies nicht zur Kenntnis und lassen den Abfall auf dem Platz liegen oder werfen weiterhin alles auf den Boden. Daher muss zum Thema Sauberkeit noch einiges getan werden. Jeder Einzelne ist aufgefordert, aktiv mitzuhelfen. Damit Horw zu einer sauberen Gemeinde wird, fordern wir den Gemeinderat auf, folgende Punkte zu überprüfen, was noch zusätzlich möglich ist:

- Die Abfallbehälter, vor allem in den Sommermonaten mehrmals pro Woche zu leeren.
- Der Wochenenddienst zum Reinigen der Plätze soll von den Mitarbeitern des Werkdienstes übernommen werden, damit nicht noch jemand zusätzlich eingestellt werden muss.
- Bei verschiedenen Abfallbehältern einen Deckel zu montieren, damit vor allem in Waldesnähe die verschiedenen Tiere nicht allen Abfall daraus zerstreuen können.
- Massnahmen planen, damit der Abfall nicht illegal entsorgt wird.
- Die Bevölkerung motivieren zum aktiven Mitmachen bei der korrekten Entsorgung."

Beatrice Buholzer-Stierli erklärt, dass Horw - und das sage auch stets unser Gemeindepräsident an verschiedenen Anlässen - an einer schönen Wohnlage liege, zentral und sehr schön. Trotzdem - wenn man durch das Dorf gehe - sei es nicht immer überall so schön, weil Abfall herum liege. Das sei ihr ein Dorn im Auge. Aus diesem Grund habe sie das Postulat eingereicht. Es sei noch Potenzial vorhanden, wo Verbesserungen möglich wären. Sie hoffe, dass das Postulat vom Gemeinderat entgegen genommen werde und sie werde in der Diskussion noch einige Sachen einbringen.

Gemeinderätin Susanne Heer hält im Namen des Gemeinderates fest, dass dieser das Problem auch erkannt habe; es sei nicht nur ausserhalb von Horw ein Problem, sondern auch mitten im Zentrum. Deshalb habe er im Legislaturprogramm das Thema aufgenommen. Sie zitiere daraus aus dem 1. Absatz "Öffentliche Sicherheit": "... Die Zusammenarbeit, die Ausbildung und die Vernetzung aller im öffentlichen Sicherheitsbereich tätigen Personen und Institutionen werden gefördert und Abläufe optimiert. Der Gemeinderat

wolle mit geeigneten Massnahmen im öffentlichen Raum etwas gegen den achtlosen Umgang mit Abfällen und gegen den Vandalismus unternehmen. Deshalb ist die Zusammenarbeit mit verschiedenen Stellen, die Sensibilisierung von Jugendlichen, aber auch Erwachsenen, die Gestaltung von Einrichtungen und öffentlichen Räumen Bestandteil der gegenwärtigen Arbeit." Übrigens sei das achtlose Wegwerfen oder der Umgang mit Abfall, das sogenannte "Littering" nicht nur ein Horwer Problem; es sei ein gesellschaftliches Problem. Zukunftsforscher und Fachpersonen seien der Meinung, dass es die Folge von verschiedenen Trends sei, welche unsere Gesellschaft veränderten oder verändert hätten. Aus Bequemlichkeit, aus Achtlosigkeit oder infolge fehlendem Eigentumsbezug an öffentlichen Orten lande der Abfall irgendwo. Im Gegensatz zu diesen aufgezählten Tatsachen sei der Konsum da, in der Presse, in der Television und in Reklamen werde dauernd angeheizt. Jeder von uns sei Konsument oder Konsumentin. Entsprechend hoch sei auch der tägliche Abfall. Man habe neue Bedürfnisse wie Fast-Food, oder Petflaschen ohne Depot belasteten unsere Umwelt. Man ersehe das auch an den zwölf Sammelstellen in Horw oder im Ökihof. Der Gemeinderat kenne dieses Problem, zurzeit würden verschiedene Erhebungen laufen, man suche nach Lösungen, ein Konzept allein genüge nicht. Es sei ein Dauerthema mit einem Dauerauftrag, das wisse der Gemeinderat und das nehme er auch wahr. Der Gemeinderat sei deshalb bereit zur Entgegennahme dieses Postulates.

Beatrice Buholzer-Stierli verlangt Diskussion.

Diesem Ansinnen wird nicht opponiert.

Beatrice Buholzer-Stierli habe gehört, dass der Gemeinderat bereits verschiedene Sachen erarbeitet habe. Sie gebe dem Gemeinderat gerne noch einiges mit. Sie sehe oftmals, dass die Abfallbehälter am Freitag Abend bereits voll seien, auch bei den Bushaltestellen. Man müsse diese Behälter kontinuierlich leeren, nicht nur zweimal in der Woche, sondern dann, wenn der Bedarf da sei. Bei den öffentlichen Plätzen solle man mehr Abfallbehälter aufstellen, denn die Leute seien wirklich zu bequem, den Abfall andernorts zu deponieren. Ferner erwähne sie auch die Sonntags-Einsätze im Gebiet Rüteli; in diesem Gebiet seien externe Personen angestellt, welche zwei bis drei Stunden Papierkörbe leerten und reinigten. Sie frage sich, weshalb das externe Personen sein müssen, sie schlage vor, dass dies auch Mitarbeitende des Werkhofes sein könnten, welche betreffend Fahrzeuge bereits über die Infrastruktur verfügten. Diese Mitarbeitenden des Werkhofes könnten während zwei bis drei Stunden einen Sonntagsdienst leisten. Mit der grossen Anzahl Mitarbeitenden im Werkhof könnte die Arbeit während der Sommermonate gut verteilt werden. Diese Zeit könnte dann während der Woche kompensiert werden. Ferner könnte man auch einen Sozialhilfeempfänger dort einsetzen; diese Personen könne man ja für Freiwilligenarbeit ebenfalls einsetzen. Sie wisse, dass diese Arbeit weder degradierend noch minderwertig sein solle, sondern es könnten diese Personen in dem Bereich gezielt eingesetzt werden. In den Schulen, wo stets Projekte getätigt würden - beispielsweise wie in Kriens - könnte man im nächsten Jahr Projekte dieser Art lancieren. In den Schulen bzw. Schulhäusern könnte man die Themen Abfallentsorgung, Ökihof und dergleichen aufgreifen und während längerer Zeit mit den Schülern behandeln. Die Kinder brächten das Thema anschliessend nach Hause, und dort würden sich dann auch die Erwachsenen damit befassen. Weiter könnte man einen Wettbewerb in den Quartieren oder Schulhäusern lancieren mit der Frage beispielsweise, wer das sauberste Quartier oder das sauberste Schulhaus habe. Auch Infoveranstaltungen mit dem Ziel, die Bevölkerung zu Eigenverantwortung zu motivieren, seien von Nutzen. Die Gemeinde gehöre allen und jeder einzelne sei verantwortlich, dazu seinen Beitrag beizusteuern. Eventuell könnte man auch einen speziellen Tag festlegen, an dem alle mithelfen würden, alles wieder sauber zu machen, an solchen Arbeitstagen lerne man einander von einer anderen Seite kennen und es gebe persönliche Kontakte. Leute, die beim Wegwerfen von Papier erwischt würden, müssten zwei bis drei Stunden Frondienst leisten. Das wären ihre Ideen zum Thema. Ferner habe sie von Max Deuber zwei Fotos erhalten, welche sie am Hellraumprojektor kurz auflege. Es betreffe die Situation beim Retentionsbecken am Dornirain. Auf Anfrage bei den Anwohnenden fühle sich niemand verantwortlich für das Sauberhalten dieses Retentionsbeckens. Solche Tatbestände müssten bei der Gemeinde gemeldet werden. Ihr sei es ein Anliegen, dass die Gemeinde Horw auch in diesem Bereich ihre Vorreiterrolle wahr nehme. Man müsse schauen, dass wir eine saubere Gemeinde erhalten und dass es uns allen wieder gefalle, sie wisse, dass das Problem nicht nur in der Gemeinde Horw bestehe. Eventuell könnte man auch mit andern Gemeinden zusammen ein Projekt starten.

Hans-Ruedi Jung findet die Stossrichtung des Postulates von Beatrice Buholzer-Stierli sehr gut, er werde dem aber nur teilweise zustimmen und er bitte den Rat, dem gleich zu tun. Und zwar möchte er den Wochenenddienst zum Reinigen der Plätze nicht unbedingt den Mitarbeitenden des Werkhofes übertragen. Er verstehe den Gemeinderat, wenn er diese Arbeiten Externen vererbe. Beim Werkhof verfüge man teilweise über Facharbeiter anderer Berufsgattungen und er denke nicht, dass es die primäre Aufgabe dieser Mitarbeiter sei, die Plätze zu reinigen, das könne wohl am Werktag dazu gehören. Ob es sich letztlich finanziell lohne, Werkdienstmitarbeiter am Sonntag anzubieten für solche Arbeiten, stelle er in Frage. Es sei richtig, wenn man diese Arbeiten externen Personen oder Unternehmungen vererbe, welche für das eingerichtet und spezialisiert seien. Das komme dann vermutlich auch günstiger; man müsse mit den richtigen Mitteln

das Richtige bekämpfen. Er bitte den Rat, diesen Punkt nicht zu überweisen. Er stelle grundsätzlich die Frage, ob es überhaupt notwendig sei, die Plätze am Samstag und Sonntag zu reinigen. Wenn es um zu wenig Abfallkübel gehe, dann sei er einverstanden, dann hätten die Personen keine Möglichkeit und deponierten ihren Abfall irgend an einem anderen Ort. Wenn es aber darum gehe, dass die Plätze generell mit Abfällen übersät seien, dann habe er seine Zweifel daran, ob hier die öffentliche Hand verpflichtet sei, diese Plätze sauber zu halten. Die Stadt Zug mache es uns vor; sie sei dazu übergegangen, gewisse Plätze zu gewissen Zeiten nicht mehr zu putzen, weil man sich sage, dass die Verursacher ihren Dreck selber aufräumen sollen. Das hindere die Gemeinde nicht daran, am Montag Morgen dennoch zu reinigen. Vielleicht würde das bei den einen oder andern das Bewusstsein schärfen und dazu bewegen, den Abfall nicht einfach achtlos wegzuzwerfen.

Einwohnerratspräsident Heinz Sigrist fragt Hans-Ruedi Jung, ob er einen Antrag gestellt habe.

Hans-Ruedi Jung bestätigt, dass er den Antrag auf teilweise Überweisung des Postulates, ohne den Punkt "Der Wochenenddienst zum Reinigen der Plätze soll von den Mitarbeitern des Werkdienstes übernommen werden, damit nicht noch jemand zusätzlich eingestellt werden muss.", gestellt habe.

Gemeinderätin Susanne Heer könnte nun auf einzelne Fragen eine Antwort geben, doch nachfolgend habe man noch eine Interpellation von Niklaus Bucher, welche ähnliche Fragen aufwerfe. Anlässlich dieses Vorstosses gehe sie dann noch auf einzelne Fragen ein. Die Thematik sei dieselbe. Bezüglich Abfallbehälter verweise sie auf aufgelegte Pläne, wo diese explizit aufgelistet seien. Dazu sei zu sagen, dass man noch so viele Abfallbehälter haben könne, auch dann werde Abfall teilweise achtlos weggeworfen, das sei der heutige Trend. Aber an den neuralgischen Punkten stünden Abfallbehälter, und diese genügten in der Regel, teilweise verfügten diese über einen Deckel. Aber zunächst möchte sie die Interpellation beantworten.

Irène Zingg-Vetter geht es um die Entsorgungsstellen auf dem Gemeindehausplatz. Es sei ja gut, wenn Abfallbehälter hingestellt würden, doch seit der neue Gemeindehausplatz so bestehe, sei dies ein Problem. Man verfüge über den grossen Container für Flaschen, zusätzlich habe man neuern Datums die Behälter mit den Weinflaschen. Tatsache sei, dass lediglich noch eine Öffnung für die sogenannt braunen Flaschen bestehe, jeden Montag Morgen, oder bereits am Samstag oder Sonntag, stünden dort viele braune Flaschen weil deren Öffnung voll sei. Man müsste seitens der Gemeinde reagieren und andere Behälter zur Verfügung stellen. Die Leute wollen entsorgen, doch dafür müsse auch eine Möglichkeit vorhanden sein. Ferner habe sie in diesem Bereich eine grosse Anzahl Petflaschen festgestellt. Roger Jenni habe sich zu diesem Thema bereits verschiedentlich in der Fragestunde gemeldet. Es gäbe wohl keinen grossen Aufwand, dort auch einen Behälter für die Petflaschen hinzustellen. Das würde viel zur Verschönerung dieser Sammelstelle beitragen.

Einwohnerratspräsident Heinz Sigrist stellt fest, dass der Gemeinderat bereit sei, das Postulat so zu übernehmen und zu prüfen. Er bitte aber die Ratsmitglieder, dem Gemeinderat nicht ellenlange Tips zu geben, man könne diese im Nachhinein abgeben. Es gehe vorerst darum, dass der Gemeinderat das Postulat übernehme und prüfe. Ferner stehe noch der Antrag bezüglich teilweiser Überweisung im Raum.

Beatrice Buholzer-Stierli unterstützt Hans-Ruedi Jung dahingehend, indem man sage, man würde die Plätze beispielsweise im Rüteli am Wochenende nicht entsorgen, sondern den Ort erst am Montag reinigen. Das wäre eine Variante, über welche man diskutieren könnte. Ansonsten wäre sie dennoch dafür, dass man die Mitarbeitenden des Werkhofes für diese Arbeiten beiziehen würde.

Roger Jenni findet das genau den falschen Ansatz. Wenn man wolle, dass Ordnung herrsche und man darauf plädiere, ein sauberes Dorf zu haben, dann könne man nicht plötzlich sagen, dass man am Wochenende nun doch nicht aufräume und jene, die den Abfall verursachten, diesen auch selber sammeln sollen. Nicht die Verursacher seien dann die Leidtragenden, sondern jene, welche am Samstag oder Sonntag beispielsweise das Rüteli besuchen gingen. Abfall vom Freitag Abend liege dann bis am Montag Morgen dort, und die nachfolgenden Besucher störten sich daran. Demzufolge, wenn wir schon ein sauberes Dorf haben wollen, solle man auch auf die Sauberkeit bedacht sein. Ferner spreche er die Infrastruktur der Mitarbeitenden des Werkhofes an, welche man nun vor Wochenend-Arbeit zu schonen gedenke: Das seien nun genau die richtigen Personen für diese Arbeit. Sie verfügten über die entsprechende Infrastruktur, sie seien entsprechend eingerichtet, sie verfügten über eine Pikettorganisation, welche sie notabene für Wasserleitungsbrüche und dergleichen ebenfalls aufrecht erhalten müssten. Das seien die richtigen Personen für diesen Dienst. Viele andere müssten an Sonntagen ebenfalls arbeiten und so allenfalls auf die Familie verzichten. Ergänzend weise er darauf hin, dass allfällige Sonntagszuschläge und dergleichen auch kompensiert werden können. Er glaube nicht, dass irgend etwas an der Leistung weg gehe, wenn jemand einen Wochentag für den geleisteten Dienst am Sonntag kompensiere. Abgesehen davon sei es wohl kein allzu grosser Aufwand, diese Abfallbehälter zu leeren und den Platz aufzuräumen; ein halber Tag würde gänzlich reichen. Er

bitte den Rat dringend, Anträge wie die teilweise Überweisung nicht zu unterstützen und das Postulat so zu überweisen, wie es eingereicht worden sei. Die Umsetzung sei dem Gemeinderat zu überlassen.

Gemeinderätin Susanne Heer entgegnet auf das Votum von Roger Jenni, dass sie ihn gerne einmal einlade, mit den Mitarbeitenden des Werkhofes unterwegs zu gehen, wenn diese Abfall räumen müssten; das sei nun tatsächlich keine einfache Sache. Er solle doch auch einmal den Platz vor dem Gemeindehaus beobachten, dieser werde jeden Morgen - es bestehe eine Vereinbarung mit dem Brändi - von ein bis zwei Personen aufgeräumt. Dann dauere es ca. zwei Stunden, und dann sei bereits wieder Abfall auf dem Platz. Sie habe es sich nun zur Aufgabe gemacht, die Personen an den Sitzbänken zu kontaktieren, ihnen einen guten Appetit zu wünschen - sofern diese dort essen - und sie gleichzeitig bitten, ihren Abfall in den entsprechenden Abfallbehälter zu werfen. Es sei ein ganz schwieriges Unterfangen, es entspreche einem gesellschaftlichen Problem. Anlässlich der "Littering-Tagung" habe sie auch erfahren, dass viele Personen den Abfall auch nachts wegwürfen, wenn es niemand sehe. Es betreffe auch nicht bloss Jugendliche, sondern auch Erwachsene und eventuell sogar Leute unter uns. Auch das Wegwerfen von Zigarettenstummeln sei "Littering". Die Mitarbeitenden des Werkdienstes seien über das gesamte Jahr während sehr vielen Stunden im Einsatz für solche Arbeiten ausserhalb der Arbeitszeiten. Es betreffe dies den Winterdienst, dann die Mithilfe bei Wasserleitungsdefekten, Pikettdienste und Störungsbehebungen an den Schmutzwasseranlagen, Unwettereinsätze, Bewässerungsarbeiten; sie zähle nun die vielen Stunden nicht auf, die das pro Jahr ergebe. Die Mitarbeitenden des Werkhofes müssten diese Arbeitszeit dann wiederum kompensieren, und man verfüge bereits jetzt über einen Mitarbeitenden weniger als in den vergangenen Jahren. Es sei dem Werkhof nun nicht möglich, mit diesem Mitarbeiterbestand diese zusätzlichen Arbeiten, welche stets mehr anfielen, zu erledigen. Deshalb habe man jeweils für den Sonntag während der Sommermonate zusätzliche Arbeitskräfte gesucht und man sei weiter am überlegen, was in dieser Hinsicht noch getätigt werden könnte. Ferner habe man auch mit Schulen und Jugendlichen solche Einsätze. Das seien vorerst ihre Ausführungen.

Abstimmung

Antrag Hans-Ruedi Jung, das Postulat Nr. 557/2005 "Sauberkeit als Visitenkarte von Horw" ohne den Punkt "Der Wochenenddienst zum Reinigen der Plätze soll von den Mitarbeitern des Werkdienstes übernommen werden, damit nicht noch jemand zusätzlich eingestellt werden muss." überweisen, annehmen.	13 Stimmen
Antrag Gemeinderat, das Postulat Nr. 557/2005 "Sauberkeit als Visitenkarte von Horw" vollumfänglich überweisen, annehmen.	15 Stimmen

Das Postulat Nr. 557/2005 "Sauberkeit als Visitenkarte von Horw" wird vollumfänglich überwiesen.

Traktandum 5

Interpellation Nr. 518/2005 Niklaus Bucher, CVP, und Mitunterzeichnende: Ein schönes, sauberes Horw

"Je länger je mehr ist das Image der sauberen Schweiz angekratzt. Auch in Horw ärgern sich verständlicherweise viele Mitbürgerinnen, Mitbürger und auswärtige Besucher über den oft anzutreffenden Unrat. Das achtlose Wegwerfen und Liegenlassen von Unrat ist nicht nur unansehnlich, sondern oft auch eine Gefahr für Mensch, Tier und Natur. Wo man hinschaut, besonders auch im neu gestalteten Zentrum, trifft man zunehmend auf weggeworfene Raucherwaren, Schleckzeug- und Lebensmittelverpackungen, auf Hygieneartikel, Getränkedosen, Petbehälter und ganze oder zerbrochene Glasflaschen. Nicht selten werden auch Haushaltkehrich, Sperrgut und Bauschutt illegal entsorgt. Die Leidtragenden sind vor allem Hauswarte und Reinigungsteams der Gemeinde, die den Dreck anderer einsammeln und entsorgen müssen. Oft wird man als Politiker auf diese Missstände angesprochen, Vorschläge werden einem unterbreitet, Massnahmen vorgeschlagen (Beispiel: deutsche Städte, wo Fehlverhalten geahndet wird).

Fragen aus der Bevölkerung an den Gemeinderat:

- Sollten diese Missstände nicht vermehrt, ev. überregional, in der Öffentlichkeit thematisiert werden? Wären nicht regionale Massnahmen sinnvoll?
- Wird in Kindergärten und Schulen darüber gesprochen?
- Könnten Aufräumaktionen durchgeführt werden (z.B. Pausenplätze, Biotope)?
- Könnten das Abfallproblem und entsprechende Massnahmen nicht überregional angegangen werden?
- Wäre es nicht angebracht, vermehrt Abfallkörbe zu platzieren?
- Wäre das Anbringen zusätzlicher Fahrverbotstafeln in schützenswerten Gebieten möglich?
- Sollten nicht vermehrt Kontrollen durchgeführt werden?

Für die Beantwortung dieser und weiterer Fragen und für eine baldige Realisierung des Machbaren wären viele Horwerinnen und Horwer dankbar."

Hans-Ruedi Jung hat die Ehre, im Namen des nicht mehr im Rat anwesenden Niklaus Bucher die Interpellation zu vertreten. Dieser habe das zwar bereits sehr ausführlich gemacht und die entsprechenden Fragen gestellt, doch es gebe noch ein paar Punkte anzufügen. Das eine sei auch wie im bereits vorhin erwähnten "Littering" das Anbringen von Plakaten an allen möglichen und unmöglichen Standorten, diese dann hängen lassen und sie nicht mehr entfernen. Er frage in diesem Zusammenhang an, ob man dort auch intervenieren könnte, indem man diese Plakate entfernen lasse und die Verursacher feststelle, damit man ihnen diese Kosten überwälzen könne. Es sei sehr mühsam, wenn überall Plakate angebracht würden, ob es nun zulässig sei oder nicht, und am Schluss lasse man diese hängen und letztlich würden sie dann von einem Mitarbeiter des Werkhofes wieder entfernt. Jene, welche die Plakate aufgehängt hätten, kümmere das dann wenig. Zweitens hätten sich die Bauwerke der A2 zu einem Tummelplatz für Jugendliche entwickelt; ob nun die A2 der geeignete Aufenthalt für diese Personen sei, das stelle er in Frage. Er wisse aus eigener Erfahrung, dass man als Jugendlicher die grotesksten Orte noch gut gefunden habe, um sich dort aufzuhalten, weil sich dort niemand anders verirre. Trotzdem müsse man darauf achten, dass auch an diesen Orten Ordnung herrsche. Jene Personen, die sich dort aufhielten, müsse man zur Ordnung anhalten. Positiv vermerke er aber, dass im Ortskern die Sauberkeit grösser geworden sei. Er nehme an, dass das auf organisatorische Massnahmen zurück gehe. Tatsächlich sei das am Anfang ein Problem gewesen, aber er stelle wirklich fest, dass es besser geworden sei. Was der Interpellant besonders betone sei, dass seine Interpellation nicht darauf hinauslaufen solle, die Mitarbeiter der Werkdienste für Dienstleistungen am Samstag und Sonntag einzusetzen, und die geleistete Zeit später irgend einmal zu kompensieren. Das wäre nicht die Meinung des Interpellanten. Im übrigen stelle er fest, dass Gemeinderätin Susanne Heer bereits einige Antworten auf die in der Interpellation gestellten Fragen gegeben habe. Er denke, dass die Antwort dann auch nicht mehr so lange ausfallen müsse.

Gemeinderätin Susanne Heer teilt namens des Gemeinderates bezüglich Plakate mit, dass wilde Plakatiererei geahndet und gebüsst werde, das sei bereits schon vorgekommen. Man finde auch die entsprechenden Personen. Zu Frage 1 halte sie fest, dass diese Themen bereits seit längerer Zeit überregional behandelt würden, es vergehe keine Woche, ohne dass das in der Zeitung ein Thema sei, wie schon erwähnt "Littering" genannt. Im Blickpunkt werde regelmässig seitens der Umweltschutzstelle, in Zusammenarbeit mit den Werkdiensten, darüber informiert. Der GKLÜ habe das in der Region ebenfalls thematisiert und verschiedentlich traktandiert. Es gebe eine mobile Abfallausstellung, Gratis-Abfallunterricht an den Schulen, im Herbst gebe es zwei Informationsveranstaltungen zu "Littering" und Abfall und Verhalten im öffentlichen Raum. An den Kindergärten und Schulen werde heute ebenfalls informiert, es gebe vom Gemeindeverband Kehrichtbeseitigung Personen, die informierten. Auch im Ökihof würden Führungen angeboten. Es könnten auch Aufräumaktionen auf Pausenplätzen durchgeführt werden, in Zusammenarbeit mit der Oberstufe werde regelmässig oder über das gesamte Jahr verteilt aufgeräumt oder es würden Reinigungsaktionen durchgeführt. Die Pausenplätze, die Umgebung des Gemeindehauses und das gesamte Ufer am Dorfbach, Waldegg bis zum See, seien dieses Jahr bereits verschiedentlich gesäubert worden. Ferner seien auch stets der Zivilschutz oder Jugendgruppen im Zusammenhang mit der Umweltschutzstelle im Einsatz. Nun habe man neuerdings jemanden im Ortszentrum beauftragt. Zu Frage 4 könne sie antworten, dass das Problem gesamtschweizerisch in Zusammenarbeit mit dem Städteverband, mit entsprechenden Vorschlägen zu Massnahmen, bereits angegangen worden sei, beispielsweise das letzte Jahr anlässlich einer Tagung. Die verantwortlichen Sachbearbeiter von Abfallbeseitigung aus dem GKLÜ trafen sich regelmässig zu einem Erfahrungsaustausch. Die Gemeinde habe eine Arbeitsgruppe eingesetzt mit dem Titel "Sauberkeit und Sicherheit in Horw". Verschiedene Aufträge seien erteilt worden, es würden Erhebungen getätigt, mit deren Auswertung man noch nicht ganz fertig sei. Im November werde man mehr darüber wissen. Zu Frage 5 sei zu erwähnen, auch wenn man noch mehr Abfallbehälter anbringen würde, so würden gewisse Personen den Abfall dennoch daneben werfen. An den neuralgischen Punkten stünden genug Abfallbehälter. Bezüglich Anbringen von zusätzlichen Fahrverbotstafeln in schützenswerten Gebieten, damit man nicht Vandalismus und "Littering" ausserhalb habe, könne sie sagen, dass die Fahrverbote auf Waldwegen und in Naturschutzgebieten bereits existierten, darauf richte der Gemeinderat ein besonderes Augenmerk. Die letzte Frage bezüglich vermehrter Kontrollen beantworte sie dahingehend, dass solche bereits nach Bedarf durchgeführt würden. Die Securitas überwache die Anlagen und man habe die jugendlichen Gruppierungen im Auge. In der Arbeitsgruppe überlege man, weitere Kontrollinstrumente einzusetzen, sie erwähne auch die grosse Verwüstung am 1. August im Dickewald, das werde geahndet und die Verursacher seien bekannt. Ferner komme hinzu, dass die Jugendarbeit neu so organisiert sei, dass sie auszuführende Arbeiten an Standplätzen von Jugendlichen durchführten; dieses Thema sei auch noch in Bearbeitung und man habe auch noch keine Resultate. Man wisse aber, wo sich die Jugendlichen aufhielten. Sie würden auch auf diese Angelegenheit hin geschult. Sie danke für die Aufmerksamkeit.

Hans-Ruedi Jung erklärt sich mit der Beantwortung der Interpellation befriedigt.

Traktandum 6

Interpellation Nr. 519/2005 Karin Probst, L20, und Mitunterzeichnende: Fahrrad fahren in Horw

"Viele BewohnerInnen setzten das Fahrrad, v.a. in der warmen Jahreszeit, gerne als Verkehrsmittel auf Kurzstrecken ein. Während die einen auf diese Weise Einkäufe im Ortskern tätigen, machen andere einen kleinen Ausflug, gehen zur Schule oder Arbeit, wieder andere treiben auf diese Weise Sport. Davon, dass sich FahrradfahrerInnen bewusst für dieses Verkehrsmittel entscheiden, profitieren auch die übrigen BewohnerInnen in Horw - eine Fortbewegungsmöglichkeit, die weder Staus, Lärm- noch Abgasemissionen verursacht und zudem der Volksgesundheit in hohem Masse zuträglich ist. Doch leider scheint das Engagement seitens der Gemeinde Horw zuweilen etwas halbherzig zu sein bzw. an die FahrradfahrerInnen wird schlicht nicht gedacht.

- Weshalb werden bei Schneefall die Radstreifen nicht geräumt und dadurch ein erhöhtes Unfallrisiko in Kauf genommen? - Der Kantonsstrassenabschnitt Herrenwald war diesen Winter über, während beinahe zweier Monate, nicht befahrbar; Es musste auf die Strasse ausgewichen werden.
- Während die Autofahrbahn sich sozusagen selbst vom Splitt befreit - jener landet früher oder später auf dem Radstreifen - bleiben die Steinchen im Bereich des Langsamverkehrs liegen und wirken sich ungünstig auf Brems- und Lenkmanöver aus. Was wird für die Sicherheit der RadfahrerInnen unternommen?
- Die Veloroute von Horw nach Hergiswil ist seit Monaten in einem derart schlechten Zustand, dass sie mit Rennrädern oder mit durchschnittlichen fahrtechnischen Fertigkeiten kaum mehr befahrbar ist, während auf der Hauptstrasse aus unerklärlichen Gründen ein Fahrradverbot besteht. Wird sich an dieser Stelle der Gemeinderat für die Interessen seiner Fahrrad fahrenden Bevölkerung einsetzen?"

Karin Probst stellt fest, dass im Ortskern viel gebaut worden sei, und erfreulicherweise habe es auch neue Fahrradstreifen gegeben, aber wie man anlässlich vergangener Sitzungen jeweils in der Fragestunde habe hören können, sei die Veloproblematik zu einem Dauerbrenner geworden. Es gebe praktisch nicht fahrbare oder schwer befahrbare Stellen. Die in der Interpellation angesprochene Veloroute nach Hergiswil sei erst vor kurzem asphaltiert worden und sie sei gespannt auf die Beantwortung, wie der Gemeinderat im allgemeinen zu seiner velofahrenden Bevölkerung stehe.

Gemeinderätin Manuela Bernasconi erklärt im Namen des Gemeinderates, dass das Engagement der Gemeinde Horw für Radfahrerinnen und Radfahrer entgegen der Meinung der Interpellantin nicht halbherzig, sondern gut sei. An die Radfahrerinnen und Radfahrer werde gedacht. Radverkehrsanlagen würden stets in der Planung mit einbezogen, um die Sicherheit zu verbessern. Während der Erstellung von Strassen oder Radwegen könne es natürlich sein, dass Radfahrerinnen die Strecke als nicht optimal empfinden könnten und dass sie sogar über holprige Wege fahren müssten. Das sei aber für den motorisierten Verkehr oftmals auch nicht anders, bei Baustellen müsse mit Erschwernissen gerechnet werden. Weil in den letzten Jahren Horw geprägt gewesen sei von Baustellen, bedeute das vorsichtiges, vorausschauendes und langsames Fahren. Manchmal könnten tatsächlich Verbesserungen angestrebt werden. Dabei müsse aber auch die Kostenfrage eine Rolle spielen. Die Frage dürfe auch einmal lauten, ob es zumutbar sei, dass die Radfahrenden mehrere Wochen über holprige Radpisten fahren müssten, wie das auf der Route Richtung Hergiswil der Fall gewesen sei. Erschwerend bei jener Route komme für die Gemeinde noch dazu, dass es in der letzten Zeit Baustellen gegeben habe, die im Zusammenhang mit den Erweiterungsbauten der A2/6 gewesen seien und somit in den Zuständigkeitsbereich des Kantons gehörten. Sofort werde auch der Erfolg einer Reklamation kleiner, weil das direkte Einwirken nicht mehr möglich sei; sie nenne das Beispiel von Beatrice Buholzer-Stierli bezüglich Kreisel Steinibach. Zu den Fragen: Die Aussage, dass bei Schneefall die Radstreifen nicht geräumt würden stimme so nicht. Die Trottoirs und Radstreifen würden nach jedem Schneefall gepflegt. Der Radstreifen werde jedoch schmaler, weil der Schnee von Trottoir und Radstreifen an den Strassenrand gepflegt werde. Zusätzlich werde der Schnee von der halben Strassenseite ebenfalls wieder an den Strassenrand gepflegt. Wenn sich dann die Wetterlage beruhige, würden dann die entstandenen Schneemauern aufgeladen und weg geschafft. Die Werkdienste arbeiteten nach einer Prioritätenliste: Bei einem Schneefall-Ereignis, wie man das letzten Winter seit längerem wieder erstmals gehabt habe, seien die Kapazitätsgrenzen schnell einmal erreicht. Deshalb könne nicht davon ausgegangen werden, dass es keine Erschwernisse auf der Strasse gebe; es brauche auch dort wieder eine Eigenverantwortung der Radfahrerinnen und Radfahrer. Bei solchen Verhältnissen empfehle sie sogar, für einmal den öffentlichen Verkehr zu nutzen. Das seien besondere Ereignisse, wie wir sie den letzten Winter gehabt hätten. Bezüglich Splitt könne sie erwähnen, dass die Fahrbahn der Kantonsstrasse während des gesamten Winters nicht gesplittet werde. Die Fuss- und Radwege jedoch würden gesplittet, damit nicht in jeder Frostnacht gesalzen werden müsse. Wenn während einer Wintersaison gesplittet werde, blieben diese Steinchen den ganzen Winter über liegen, das sehe man auch auf unseren Plätzen. Etwas anderes würde die vorhandenen Ressourcen an Zeit und Geld übersteigen. Auch dort gelte wiederum die Eigenverantwortung. Der Splitt, welcher eigentlich zur Sicherheit angebracht werde, könne dann bei trockenem Wetter wiederum zum Risikofaktor

für die Radfahrenden werden, das sei dem Gemeinderat bewusst. Zur Veloroute Horw-Hergiswil sei zu erwähnen, dass diese tatsächlich durch die Bautätigkeit stark beeinträchtigt gewesen sei. Bei einem solch grossen Bauwerk sei es auch nicht mehr möglich, sämtliche Verkehrswege in Top-Zustand zu halten. Der Veloweg sei tatsächlich in einem sehr schlechten Zustand gewesen und habe sogar als gefährlich eingestuft werden können. Der Gemeinderat habe bei der A2/6 mehrmals interveniert, es seien auch teilweise Vorkehrungen getroffen worden. Auch dort wieder: letztlich brauche es wiederum die Eigenverantwortung des Radfahrers, dass er nicht verunglücke. Anwohner im entsprechenden Gebiet beispielsweise hätten von sehr gefährlichen Manövern berichtet, welche jedoch laut Aussagen vor allem durch unvorsichtige und uneinsichtige Velofahrerinnen und Velofahrer verursacht worden seien, diese führen teilweise mit viel zu hohem Tempo. Das in der Interpellation angesprochene Fahrverbot sei nicht aus unerklärlichen Gründen auf die Hergiswilerstrasse gekommen, sondern es sei überhaupt nie vorgesehen gewesen, dass die Kantonsstrasse nach Hergiswil zusammen mit dem Radverkehr geführt werde. Es sei stets ein separater Radweg geplant gewesen, dies zur Sicherheit der Radfahrenden auf der Hergiswilerstrasse. Und - wie Karin Probst erwähnt habe - sei ja jetzt die Route fertig erstellt. Ihr seien im Moment zu diesem ausgebauten Stand keine Probleme bekannt. In diesem Zusammenhang weise sie nochmals darauf hin, dass die Gemeinde nicht halbherzig sei, sondern dass sie sehr viel für die Radfahrenden getätigt habe. Sie möchte das kurz aufzeigen: Gesamthaft seien in den letzten Jahren etliche hundert Meter, oder besser gesagt Kilometer, Rad-, Gehweg und auch Radstreifen zur Sicherheit der Zweiradfahrenden in unserer Gemeinde realisiert worden. Im Zusammenhang mit den Erweiterungsbauten der Nationalstrasse A2/6 stünden der Abschnitt Schulhaus Spitz bis Ennethorw, von Ennethorw bis Hergiswil, vom Schulhaus Spitz bis zum Kreisel Technikum im Bifang, von der Liebegg bis Altsagen (als Verlängerung des Brünigweges), vom Schlund entlang der Ringstrasse bis zum Kreisel Merkur, ab der Ringstrasse durch die Unterführung der Zentralbahn nördlich des Bahnhofes bis zum Sternenried, Brändistrasse mit der Unterführung der Zentralbahn und Anschluss an die Horwerstrasse in Kriens. Auf dem übrigen Strassennetz seien die folgenden Strecken auch noch zu erwähnen: Kantonsstrasse Grenze Stadt Luzern - Kreisel Allmend - Wegscheide; Kantonsstrasse im Abschnitt Wegscheide bis Merkur, gestaltete Strassen mit der Tempo-30-Zone, die Kantonsstrasse Herrenwald bis Seefeld, die Kastanienbaumstrasse Althof mit Einbezug der nördlichen Zumhofstrasse, Krienserstrasse, Stutzstrasse Langensand bis Oberhasli, die St. Niklausenstrasse von Tannegg bis Krämerstein sei zurzeit im Bau. Radstreifen seien seit längerer Zeit vorhanden auf Teilen der Kastanienbaumstrasse und der Stutzstrasse. Die Fusswege entlang der Mättiwilstrasse und entlang der Kastanienbaumstrasse im Abschnitt Buholz bis Mattli dürften ebenfalls mit dem Velo befahren werden. Als Ausblick, die St. Niklausenstrasse Post Kastanienbaum bis Langensand solle in den nächsten Jahren abschnittsweise ausgebaut werden. Als erster Abschnitt solle die Strecke Post Kastanienbaum bis Uthorn realisiert werden. Man sehe, das sei nicht wenig, was sie nun bewusst aufgezählt habe. Ferner habe man auch Velounterstände geschaffen, die neuesten seien Horw Zentrum beim Gemeindehaus und bei der Migros, Kantonsstrasse bei den Bushaltestellen Horw Zentrum und Wegscheide, und seit längerer Zeit die Unterstände beim Bahnhof ost und west, bei der Zumhofstrasse, Kastanienbaumstrasse, Althof, Rank, Felmis und beim Parkplatz Felmis. Auch im Zusammenhang mit Radfahrenden: zusammen mit Kriens plane man eine Mobilitätskarte, welche die Bevölkerung über die vorhandene Verkehrsinfrastruktur informieren solle; neben Buslinien und -haltestellen, empfehlenswerten Radwegen, gedeckten Veloabstellplätzen, Velofachgeschäften, Standort von Mobility-Fahrzeugen und Wanderwegen enthalte diese Karte auch allerlei nützliche Informationen rund um die Mobilität. So leiste Horw doch einen recht grossen Einsatz für die Radfahrenden. Gerne erwähne sie noch das Thema Kreisel Steinibach, auch auf Hinweis von Beatrice Buholzer-Stierli. Seit der letzten Sitzung sei sie daran, eine Lösung zu finden. Man wisse, dass es den Kanton betreffe und dieser sei nicht immer ganz so beweglich, wie man es sich wünsche. Den Kreisel Bahnhof möchte sie in diesem Zusammenhang auch miteinbeziehen. Es habe ein Augenschein stattgefunden und es sei so, dass der Kreisel Bahnhof in dem Sinne umsignalisiert werde, dass es auch möglich sei den Kreisel zu befahren, man müsse nicht, doch man dürfe. Das werde dann neu signalisiert. Selbstverständlich sei die Benützung des Trottoirs wie bis anhin gestattet. Beim Kreisel Steinibach sei die Sachlage etwas komplexer, dort sei das Problem mehr bei der Ausfahrt. Es gehe vor allem um die holprigen Übergänge. Sie persönlich habe sich auch stets gestört an der Mittelinsel, dass man nicht einfach durchfahren könne. Die Signalisation bleibe so, man könne aus Sicherheits- und Normgründen nichts machen. Im Moment sei die Mittelinsel die Norm, im Kanton Luzern sei das so zu handhaben; die Fronten hätten sich aber etwas aufgeweicht und es sei zugesichert worden, dass dort die Fahrbahn heruntergefahren werde, dass man dort wenigstens bei der Mittelinsel hinüber könnte. Zudem würden die Übergänge zu den Trottoirs herunter geschliffen. Bis jetzt sei das aber erst zugesichert und es benötige noch etwas Druck seitens des Gemeinderates. Der Zeitpunkt der Realisierung sei noch nicht ganz klar, sie hoffe aber, dass das bald erfolgen werde. In den Vorbereitungsarbeiten habe sie noch etwas Lustiges gefunden, nämlich ein sogenanntes "Strampelbüchlein": Das sei ein kleines ABC des Radfahrens, geschrieben für eine schöne Frau, 1943 geschrieben und aufgebaut nach Buchstaben. Unter dem Buchstaben "F" (Fahren) habe sie folgendes gefunden: "Alle Abstufungen des Fahrens kannst du auf deinem Rade erleben. Vom Bummeln und Gondeln bis hart an die Grenze des Fliegens." Zum Buchstaben "G" (Geschwindigkeit) finde sie weiter folgendes: "Geschwindigkeit ist das Lösungswort unserer Zeit (1943). Aber es wird nicht das Wort aller Zeiten bleiben, denn auch die Geschwindigkeit wird den Reiz der Neuheit verlieren. Man wird sich ihrer weiter bedienen, wenn es nötig ist. Ihrer Faszination aber wird sie verlustig gehen, sobald jene Geschwindigkeiten erreicht

sind, die so gross sind, dass man überhaupt mit der Empfindung der Ortsveränderung nicht mehr nachkommt, sondern das Gefühl hat, ganz einfach mit einem Ruck oder gar stehenden Fusses an einen anderen Ort versetzt worden zu sein. Das ist ja auch eine Zeitlang lustig, doch das eigentliche Geschwindigkeitsgefühl hat man dann nicht mehr. Darauf aber kommt es an." Das als Ergänzung zur Eigenverantwortung der Radfahrenden.

Karin Probst ist von der Beantwortung nur teilweise befriedigt und verlangt Diskussion.

Gegen dieses Ansinnen gibt es keine Opposition.

Karin Probst hält fest, dass die L2O-Fraktion erfreut und sich auch bewusst sei, was alles für die Radfahrerinnen gemacht werde. Sie sei aber trotzdem nur teilweise befriedigt von der Antwort. Die Beantwortung der ersten Frage - auch auf das Risiko hin, kleinlich zu wirken - sei eben falsch gewesen. Dieser Abschnitt Herrenwald sei im Winter nicht geräumt worden, es könne sein, dass es sonst gemacht worden sei, aber damals sei es noch gefroren gewesen und über Wochen so geblieben. Es gehe um die Sicherheit. Wenn man mit einbeziehe, dass Radfahrer auch älter sein könnten und aus Sicherheitsgründen nicht mehr Auto fahren können und dann mit dem Velo unterwegs seien, dann erhalte die Sicherheit ein ganz anderes Gewicht. Dann sei eine Fahrbahn etwas anderes, als sie es sonst sein könnte. Sie rege an, bei den nächsten Schneefällen darauf hinzuwirken, dass auch die Radstreifen frei gehalten würden. Bezüglich Veloroute nach Hergiswil habe sie nicht verstanden, weshalb es so lange gedauert habe. Sie sei häufig gefragt worden, wann es vorwärts gehe und sie wäre deshalb froh um eine Antwort.

Gemeinderätin Manuela Bernasconi hält fest, dass im letzten Winter der Schnee teilweise länger gelegen sei. Ein nächstes Mal müsste man sich bei einem solch speziellen Ereignis eventuell selber melden, damit man das wisse. Das wäre die sicherere Variante. Sie wisse nicht mehr mit Sicherheit, wie lange der Schnee gelegen habe. Von der Prioritätenliste habe sie bereits gesprochen. In solchen Momenten wäre es für die älteren Radfahrer vernünftiger, den öffentlichen Verkehr zu benützen. Bei der Hergiswilerstrasse habe man einige Male interveniert, sie habe auch eine Stellungnahme des Kantons verlangt. Es sei so, dass diese Arbeiten sicher lange gedauert hätten und dass gewisse Stellen sehr gefährlich gewesen seien, das sei dem Kanton auch bewusst. Es seien einige Änderungen vorgenommen worden, doch man sei nicht bereit gewesen, den Belag vorzeitig einzubauen, es sei auch noch um die Führungen gegangen, welche lange nicht ganz genau bekannt gewesen seien. Es sei etwas verzögert worden, ein halbes Jahr sei nicht geplant gewesen. Die ganz genauen Gründe wisse sie nicht, ausser das, was sie empfunden habe bei den verschiedenen Koordinationssitzungen. Anlässlich dieser Sitzungen sei das Gewicht etwas anders gelegen als es ihr recht gewesen wäre. Mehr könne sie dazu aus der Stellungnahme nicht sagen.

Konrad Durrer findet die Antwort bezüglich eines Punktes sehr unbefriedigend, ja geradezu zynisch. Wenn es heisse, der Velofahrer solle, wenn es Schnee habe, das Velo zuhause lassen und den öffentlichen Verkehr benützen, weil man nicht bereit sei, die Schneeräumung auch auf diese Bereiche auszudehnen, so könnte man ja mit den selben Argumenten sagen, dass die alten Leute auch zuhause bleiben sollen und jene, welche zu Fuss gehen ebenfalls, da man das Trottoir nicht räume, überdies jene mit den Autos auch, da die Strassen auch nicht geräumt würden. Man könnte überall die Eigenverantwortung geltend machen und mitteilen, dass alle diese Personen den öffentlichen Verkehr benützen sollen. In diesem Sinne zeige die Aufzählung der vielen Radwege, welche erstellt seien, keine Halbherzigkeit. Doch in der Winterräumung, in den angesprochenen Punkten, werde das Veloanliegen sicher nur halbherzig wahr genommen.

Heiri Schwegler weist darauf hin, dass der Velofahrer - im Gegensatz zum Autofahrer - eigentlich den kürzesten Weg nehme. Das angesprochene Fahrverbot beim entsprechenden Kreisell verstehe im Quartier Rämisiweg-Hinterbachstrasse-Seeblickstrasse überhaupt niemand. Vor allem dann nicht, wenn man daneben einen relativ grossen Streifen wie ein Trottoir habe. Er sei schon verschiedene Male gefragt worden über dieses Fahrverbot; dieses müsse man zuerst im Quartier verkaufen und erklären.

Gemeinderätin Manuela Bernasconi weist darauf hin, dass dies eine Kantonsstrasse betreffe.

Traktandum 2
Fragestunde

Für getreues Protokoll

Der Einwohnerratspräsident

Der Sekretär

Der Gemeindeschreiber

Der Protokollführer